

## Urbaner Populismus?

# Das Gefahrenpotenzial der Stadtentwicklung

Projekt: PODESTA  
Populismus und Demokratie in der Stadt  
Working Paper 1, August 2018



Ein Verbundprojekt von:



## Projektleitung

### **Prof. Dr. Tilman Reitz**

Institut für Soziologie,  
Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Tel.: +49 3641 9-45571  
E-Mail: [tilman.reitz@uni-jena.de](mailto:tilman.reitz@uni-jena.de)

### **Prof. Dr. Regina Ammicht Quinn**

Internationales Zentrum für Ethik in den  
Wissenschaften (IZEW), Universität Tübingen  
Tel.: +49 7071 29-77983  
E-Mail: [regina.ammicht-quinn@uni-tuebingen.de](mailto:regina.ammicht-quinn@uni-tuebingen.de)

PODESTA-Working Paper 1:  
Urbaner Populismus? Das Gefahrenpotenzial  
der Stadtentwicklung  
August 2018  
Das Working Paper ist im Rahmen des  
Forschungsprojekts PODESTA  
(Populismus und Demokratie in der Stadt)  
entstanden.

**[www.podesta-projekt.de](http://www.podesta-projekt.de)**  
**[team@podesta-projekt.de](mailto:team@podesta-projekt.de)**

### Layout und Satz

Robert Feustel

### Bildnachweise

Titelblatt: Makyzz/Shutterstock.com  
Fotos Seite 20 und 21: Peter Bescherer

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

# Working Paper: Urbaner Populismus? Das Gefahrenpotential der Stadtentwicklung

## Autor\*innen

Dr. Peter Bescherer  
Dr. Robert Feustel  
Laura Schelenz  
Dr. Luzia Sievi

## Weitere Projektmitarbeiterinnen

Anne Burkhardt  
Gisela Mackenroth

## Inhalt

Einleitung	4
1 Populismus und Demokratie in der Stadt	6
2 Populistische Momente in der Stadtentwicklung	10
2.1 Neue Wohnungsfrage	10
2.2 Stadtprojekte und Beteiligung	13
2.3 Urbane (Un-)Sicherheit	14
2.4 Migration und Integration	17
3 Mikrokonflikte	19
3.1 Lückenschluss im Leipziger Osten	19
3.2 Feinstaubalarm in Stuttgart	22
Schluss und Ausblick	24
Literatur	26

## Einleitung

Rechtspopulismus wird häufig als problematische Haltung von Modernisierungsverlierer\*innen in ländlichen und deindustrialisierten Regionen beschrieben. Während der Zuzug in die Städte anhält, bleiben in den Dörfern vor allem ältere Menschen und weniger gebildete Männer zurück. Die abgehängten Bevölkerungsteile neigen dieser Auffassung nach besonders häufig zu autoritären Politikvorstellungen und die Rechten seien die einzigen, die ihnen als »Kümmerer« Aufmerksamkeit entgegenbringen. Tatsächlich scheint ein Blick auf die geographische Verteilung der Stimmenanteile der Partei Alternative für Deutschland (AfD) die These zu bestätigen, dass es sich beim Rechtspopulismus (zur Problematik des Begriffs siehe das erste Kapitel) um die »Rache der Dörfer« handelt (Kaschuba 2016). So erhielt die

AfD bei der Bundestagswahl 2017 in den Städten und Stadtregionen weniger Zweitstimmen als in den ländlichen Regionen.

Es gibt aber auch Gründe, den Stadt-Land-Unterschied genauer zu betrachten: So lässt eine kleinräumige Auswertung der Bundestagswahl 2017 erkennen, dass die Wahlergebnisse der Parteien in den Stadtregionen sehr unterschiedlich sind (Abb. 2 und 3). Es zeichnet sich eine Differenz zwischen Zentrum und Peripherie ab, wobei die Stimmenanteile der AfD in den Randgebieten, die überdies nicht die einkommensschwächsten sind, sich vom ländlichen Raum nur wenig unterscheiden. Auch die Einstellungsforschung, die über die Erfassung des Wahlverhaltens hinausgeht, kommt zu ähnlichen, den schroffen Stadt-Land-Gegensatz unterlaufenden Einschätzungen. Laut vorliegender empirischer Studien »sind rechtspopulistische, rechtsextreme und

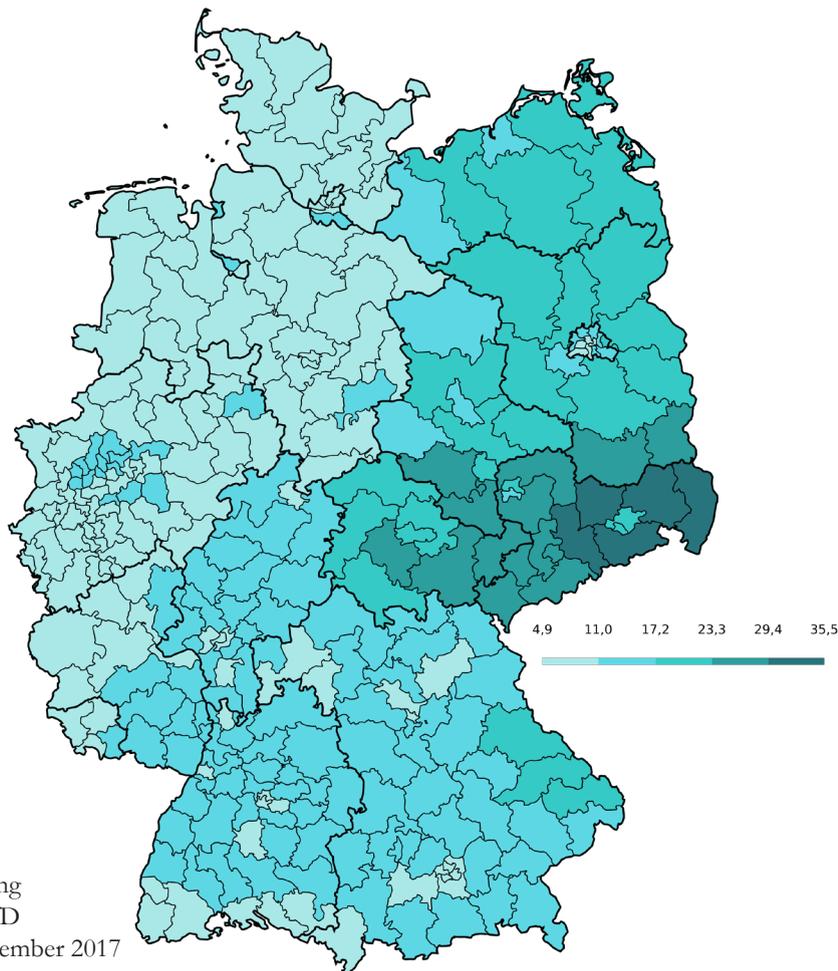


Abb. 1: Geographische Verteilung der Zweitstimmenanteile der AfD bei der Bundestagswahl im September 2017 in Prozent.

Quelle: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/wahlatlas.html>

neurechte Einstellungen auf dem Land zum Teil zwar signifikant stärker ausgeprägt, aber – das muss betont werden – der Unterschied zwischen Stadt und Land ist dabei nicht sehr groß« (Küpfer 2017: 31). Grund genug, die Städte als Orte der Demokratiekrise und Laboratorium für Gesellschaftsentwürfe der neuen Rechten<sup>1</sup> genauer unter die Lupe zu nehmen. Auch in den Städten, so soll im weiteren Verlauf gezeigt werden, verdichten sich Krisen zu einem »populistischen Moment« (so bereits Goodwyn 1978 in Hinblick auf den amerikanischen Agrarpopulismus) oder hinterlassen eine »populistische Lücke« (so Flecker/Kirschenhofer 2007 in Hinblick auf Umbrüche in der Arbeitswelt). Dieser Moment beziehungsweise diese Lücke werfen grundsätzliche Fragen der politischen und sozialen Organisation des Zusammenlebens auf. Entscheidend ist,

<sup>1</sup> Wir sprechen von neuer Rechte im Sinne der gesellschaftlichen Bewegung der letzten Jahre; »Neue Rechte« hingegen ist ein stehender Begriff für ein rechtes Akteurspektrum, das sich seit Ende der 1970er Jahre beobachten ließ und durch das Konzept des Ethnopluralismus hervortat. Der Begriffsgebrauch soll zugleich anzeigen, dass eine klare Trennung zwischen alter Neuer Rechter und neuer neuer Rechter nicht immer möglich ist.

wie sich unterschiedliche politische Akteur\*innen in sozial exkludierender oder sozial inkludierender Art auf die populistischen Haltungen beziehen. Im vorliegenden Working Paper werden diese Krisen und Konflikte im städtischen Umfeld skizziert und es wird beschrieben, inwiefern sie eine Ermöglichungsbedingung für die gegenwärtige Welle des Rechtspopulismus darstellen. Die Bereiche der Stadtentwicklung und Stadtpolitik, die im zweiten Kapitel hinsichtlich rechtspopulistischer Deutungsmöglichkeiten genauer betrachtet werden, sind die Wohnungspolitik, die Bürger\*innenbeteiligung im Kontext städtebaulicher Projekte, die kommunale Sicherheitspolitik sowie die Migrationspolitik. Im Kontext dieser Themenfelder sind Mikrokonflikte (also lokal begrenzte Auseinandersetzungen) zu beobachten, wie im dritten Kapitel anhand je eines Falls aus Leipzig und Stuttgart skizziert wird. Während sich dieses erste Working Paper damit befasst, ob und inwiefern bestimmte Tendenzen der Stadtentwicklung dem rechten Populismus ungewollt zuarbeiten, wird ein weiteres die konkreten Versuche analysieren, die populistische Lücke von rechts zu besetzen.

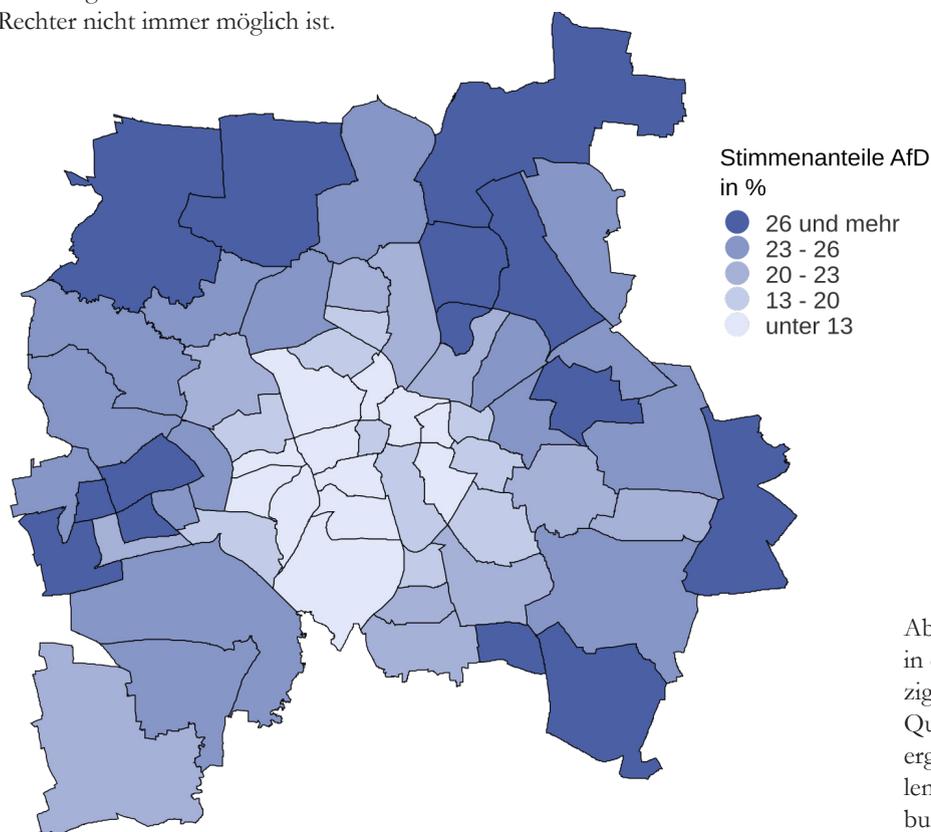


Abb. 2: Zweitstimmenanteil der AfD in den Ortsteilen der Stadt Leipzig bei der Bundestagswahl 2017  
Quelle: <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/wahlen-in-leipzig/bundestagswahlen/bundestagswahl-2017/wahlergebnis/>

Stuttgart | Stadtteile

Quelle: Ingo Menhard/Shutterstock.com



Münster	13,8
Zuffenhausen	13,4
Stammheim	13,1
Weilimdorf	12,8
Hedelfingen	11,6
Nord	6,6
Süd	5,7
Mitte	5,6
West	5,1
Bad Cannstatt	9,8

Abb. 3: Zweitstimmenanteil 2017

der AfD in ausgewählten Bezirken der Stadt Stuttgart in Prozent

Quelle: [https://statistik.stuttgart.de/wahlen/html/bundestagswahl/2017/stadtbezirke\\_z.html](https://statistik.stuttgart.de/wahlen/html/bundestagswahl/2017/stadtbezirke_z.html)

## 1 Populismus und Demokratie in der Stadt

Je nachdem, was als ihr Kernmerkmal aufgefasst wird, ist die moderne Demokratie schon seit ihren Anfängen oder überhaupt nie in der Krise. Wer Demokratie auf das Prinzip freier, gleicher und geheimer Wahlen zurückführt, wird sie – auch wenn das Wahlrecht für Migrant\*innen, die dauerhaft in Deutschland leben und arbeiten, noch aussteht – weniger schnell bedroht sehen als wer das Ideal der Volkssouveränität auch auf die Wirtschaft ausdehnen möchte. Angesichts der geringen Wahlbeteiligung und der sozialen Ungleichgewichte in der Zusammensetzung der Wählerschaft, des Mitgliederchwunds der Partei-

en, des in Umfragen messbaren Vertrauensverlustes in politische Institutionen oder des wachsenden Gewichts der Exekutive lässt sich von einer Krise der Demokratie sprechen, die sich seit dem Kollaps der globalen Finanzmärkte 2007 und der anschließenden Wirtschafts- und Währungskrise in Europa zuspitzte. Als Folge der Krise der liberalen Demokratie, aber auch als Verstärker von Krisentendenzen erhalten populistische Bewegungen und Parteien Zulauf. In der Demokratietheorie ist der Begriff des Populismus umstritten. Obwohl historisch und gegenwärtig – etwa zwischen Donald Trump, Front National oder der AfD – erhebliche Unterschiede zwischen den jeweiligen Strömungen, Parteien und Bewegungen bestehen, wird Populismus oftmals als das Andere der Demokratie diskutiert, das man in den Griff bekommen müsse, soll die demokratische Welt nicht auseinanderbrechen.

Vom Populismus zu reden, bereitet allerdings einige Schwierigkeiten. Länger schon ist klar, dass der Begriff als analytische Kategorie unscharf ist: »Gäbe es das Konzept des Populismus nicht, kein Sozialwissenschaftler würde es erfinden. Es ist einfach viel zu vieldeutig.« (Carnovan 1981: 301) In der Populismusforschung lassen sich im Wesentlichen folgende Ansätze zur Bestimmung ihres Gegenstandes unterscheiden: (1) Populismus wird als »dünne Ideologie« aufgefasst (Mudde/Kaltwasser 2017: 5–20), in deren Zentrum die Unterscheidung von »gutem Volk« und »böser Elite« steht sowie die Annahme, es gebe einen Gemeinwillen des Volkes. Diese Elemente werden demnach erst in Kombination mit substanzielleren Weltanschauungen (etwa Nationalismus oder Sozialismus) wirksam. Als Erklärung wird in diesem Zusammenhang oftmals auf die gesellschaftliche Modernisierung verwiesen, die Teile der Bevölkerung ökonomisch oder kulturell benachteiligt (Jörke/Selk 2017: 98–111).

(2) Populismus wird als Politikstil definiert, das heißt als »a way of making claims about politics« (Gidron/Bonikowski 2013: 17), in dessen Zentrum ein volksnahes Auftreten politischer Akteur\*innen, aber auch die von populistischen Führer\*innen betriebene Konstruktion von Feinden steht (Olschanski 2017). Populismus wird in diesem Zusammenhang darüber hinaus durch die politische Aneignung popkultureller Schema-

ta aus Castingshows, Soap Operas oder Comics (Seeßlen 2017) bestimmt.

(3) Drittens gilt Populismus als eine Strategie zur Machteroberung, wobei sich politische Bewegungen wie der autoritäre Nationalismus oder religiöse Fundamentalismus weit verbreitete Sehnsüchte nach der heilen Welt zunutze machen (Priester 2012: 66).

Diese drei begrifflichen Zugänge sind nicht trennscharf; es gibt Überlappungen und Widersprüche, was Strategien, Rhetorik (Demagogie) und die ideologische Stoßrichtung angeht. Zuletzt kann Populismus auch radikaldemokratisch im Sinne einer Ausweitung der Demokratie verstanden werden, da der Bezug auf das »Volk« als Subjekt der Politik zunächst eine urdemokratische Geste darstellt.<sup>2</sup>

Auch die Bewertungen des Phänomens gehen auseinander. Sie schwanken zwischen der Beurteilung des Populismus als existenzielle Gefahr für die Demokratie und einer an sich berechtigten Kritik an der expertokratischen oder postpolitischen Gegenwart, die aber keine Ausweitung der Demokratie anstrebt, sondern ihre endgültige Abschaffung. Aus der Position einer Beobachtung zweiter Ordnung kann Populismus auch verstanden werden als Mittel zum »Zweck der politischen Denunziation von Parteien und Bewegungen, die entweder nicht dem traditionellen Spektrum entstammen oder, wo sie das tun, sich gegen dieses wenden« (Marchart 2017: 11). Populismus kann demnach als Kampfvokabel eines »liberalen Antipopulismus« (ebd.) dienen und die politischen Verhältnisse gegen Kritik abdichten.

Dennoch hat sich »Populismus« als Bezeichnung bewährt, weil sich bestimmte Wesenszüge als invariant erweisen (Müller 2016): Zum einen operiert Populismus mit einer Zweiteilung der

<sup>2</sup> Diese Leseart erscheint allerdings für die bezeichneten Bewegungen oder Haltungen unpassend, da rechtspopulistische Gruppen in der Praxis keine erweiterte sondern eine identitäre Demokratie anstreben. Dadurch werden reaktionäre und protofaschistische Haltungen mit dem Begriff Rechtspopulismus tendenziell verharmlost. Zwar sind manche Elemente der Kritik oberflächlich ähnlich, aber Kontur und Zielvorstellungen des radikaldemokratischen und rechten Populismus liegen derart quer zueinander, dass ein gemeinsamer Begriff wenig beschreibende oder analytische Kraft hat (Feustel/Bescherer 2018).

Welt in Elite beziehungsweise Establishment hier und ›das Volk‹ (das verschieden definiert wird) dort – ungeachtet der häufig tatsächlich elitären Position von Populist\*innen. Zum anderen erheben Populist\*innen aller Art einen Alleinvertretungsanspruch für das Volk: »populism worships the people« (Ionescu/Gellner 1969: 4). Sie sehen oder inszenieren sich als einzig wahre Stimme des Volkes, dessen Interessen es gegen böse Mächte zu verteidigen gelte. Täter- und Opferrollen sind in diesem Spiel der diskursiven Zweiteilung klar verteilt. Abgesehen von allen Streitigkeiten über Begriffsbestimmung und Bewertung besteht Einigkeit über diese beiden Eigenschaften des Populismus, die, so die sozialwissenschaftliche Beobachtung, mit systematischen Vereinfachungen bei der Konstruktion des Kollektivsubjekts oder der Zurückweisung der Expert\*innenmeinung einhergehen.

Das Erstarren des Populismus, vor allem des autoritären, sozial exkludierenden rechten Populismus, geht mit einer Krise der neoliberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einher (Reitz 2017). Vereinzelt ist sogar vom Ende der Postdemokratie beziehungsweise vom Ende des Endes der Geschichte die Rede (Mullis 2018). Tatsächlich erscheint manchen der Rechtspopulismus als Kraft, die der politischen Sklerose und dem »Altparteienkartell« eine echte Alternative entgegenstellt. Er reagiert damit auf Veränderungen der letzten Dekaden, die zu einer Krise der politischen Subjektivität, also der positiven Identifikation von Bürger\*innen mit dem politischen System und seiner Kultur, geführt und das Vertrauen in die etablierte politische Ordnung nachhaltig beeinträchtigt haben. Von den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem anschließenden Kampf gegen den Terror über die Zurücknahme der wohlfahrtstaatlichen Statussicherung im Rahmen der Hartz-Arbeitsmarktreform bis hin zur Bankenrettung durch die Europäische Union nach dem Finanzmarktcrash von 2008 haben politische Strukturen für weite Teile der Bevölkerung ihre Selbstverständlichkeit und Legitimität verwirkt. Bereits 1992 stellte der französische Philosoph Jean Baudrillard fest: Die »Idee des Politischen ist verloren gegangen, aber das politische Spiel geht in geheimer Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Einsatz weiter« (1992:

12). Immer häufiger präsentiert sich Politik als Umsetzung angeblicher Sachzwänge, von denen behauptet wird, sie könnten nur gemanagt oder moderiert werden, seien aber nicht der gesellschaftlichen Selbstorganisation zugänglich. Der skizzierte Zustand der Demokratie lässt sich als »Para-Politik« (Žižek 2001: 259) beschreiben, worunter die Stillstellung der Debatten und Kämpfe um die Strukturen der Politik selbst zu verstehen ist. Während prinzipiell eine radikaldemokratische Antwort auf diese Verhältnisse vorstellbar ist, konnte de facto der Rechtspopulismus seine Deutung der Situation popularisieren. Sein Prinzip ist nicht die Wiederbelebung oder Ausweitung der Politik, sondern die »Arche-Politik«: Deren Ziel ist ein »traditionell geschlossener, organisch strukturierter und homogener gesellschaftlicher Raum, der keine Leere zulässt« (ebd.). Daher handelt es sich bei den Wahlerfolgen der Rechtspopulist\*innen auch nicht um die Schließung einer »Repräsentationslücke« (Patzelt 2017). Seiner ganzen Struktur nach orientiert sich der Rechtspopulismus an der Vorstellung identitärer Demokratie, die den organisierten Streit von politischen Interessen untergräbt und mit den repräsentativen Verfahren unvereinbar ist.

Geraten die politischen Subjektivitäten, wie skizziert, in eine Krise, verbessert das die Chancen rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien, den tief enttäuschten und empörten Teilen der Bevölkerung erfolgreich ein Deutungs- und Handlungsangebot unterbreiten zu können. Situationen, in denen die »Existenz von Affekten, von moralischen Empfindlichkeiten, von Kränkbarkeiten und kulturellen Identitätsbedürfnissen« (Dubiel 1985: 647) als unentbehrlicher, aber in der Regel als irrational und unschicklich verdrängter Bestandteil von Politik offenkundig wird, können als »populistischer Moment« bezeichnet werden. Es handelt sich um Krisen, in denen Menschen aufgrund von Ungerechtigkeitsempfindungen und verletzten Ansprüchen (auf Anerkennung, soziale Absicherung, Stuserhalt) die Bindung an etablierte Legitimationsmuster verlieren und Fragen nach dem Subjekt demokratischer Politik, nach dem ›Volk‹, auf die Tagesordnung treten. Ursprünglich ein Konzept zur Erklärung des US-amerikanischen Agrarpopulismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts (Goodwyn 1978), lässt sich

der »populistische Moment« auch und gerade im Kontext der jüngeren Entwicklung urbaner Räume und der Stadtpolitik beobachten.

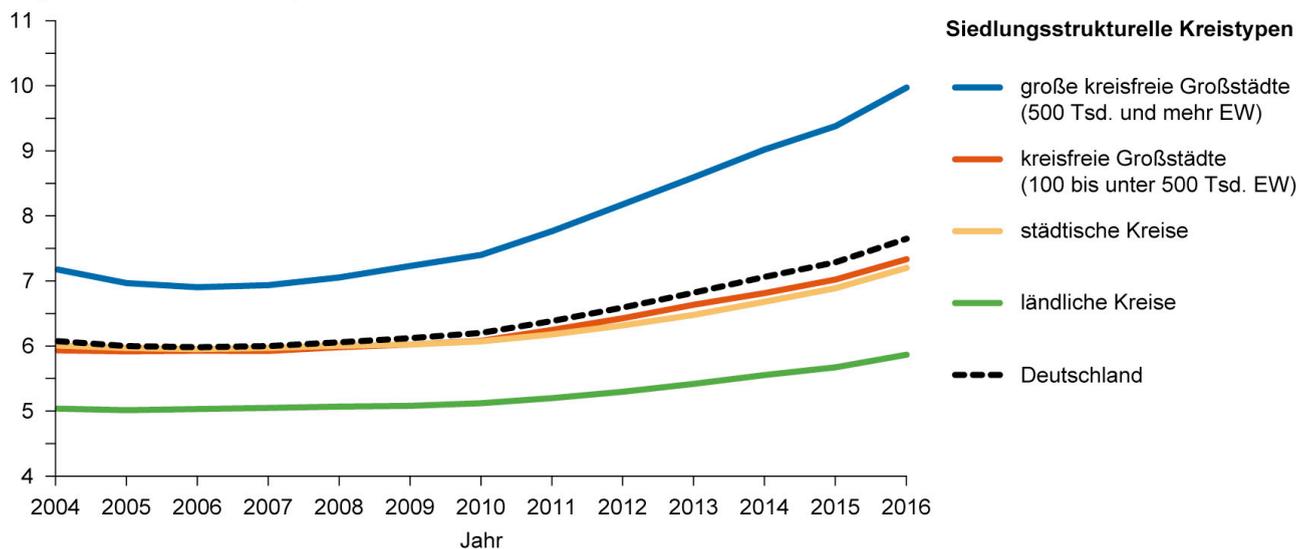
Moderne Städte und die urbane Lebensweise sind durch Ambivalenz gekennzeichnet. Die Stadt ist ein »widersprüchliches soziales Verhältnis« und »Projektionsfläche von Sehnsüchten und Ängsten« (Siebel 2004: 19). Der Blick auf die Stadt ist von einer »Mischung aus Angst und Neugier« (Lindner 2004: 34) bestimmt: »Freiheit, Anonymität und Toleranz können gewissermaßen als konstitutive Elemente von Urbanität verstanden werden, mitgeführt werden aber auch Unsicherheit, Furcht vor Andersartigkeit und Fremdheit« (Rolfes 2015: 122). Weil das Zusammenleben in Städten von Ambivalenzen geprägt ist, sind Konflikte und das Aushandeln von Ansprüchen und Normen immer wieder aufs Neue notwendig. So wie eingangs die Annahme hinterfragt wurde, dass Rechtspopulismus ein Problem ländlicher Regionen sei, muss gleichwohl das Bild von der

Stadt als sozialer Ort korrigiert werden, der aus sich selbst heraus weltoffen, tolerant und kulturell divers ist. Städtische Entwicklungen können dazu führen, dass die Fähigkeiten zum gelassenen Umgang mit Unordnung, Unübersichtlichkeit und Ambivalenz in Stadträumen leidet und vielfach Anknüpfungspunkte für rechtspopulistische Gesellschaftsentwürfe entstehen. Denn angesichts städtischer Problemlagen, die in den letzten Jahren zu beobachten sind, erleben viele Bewohner\*innen »ihre« Stadt als handlungsunfähig und sehen ihr Vertrauen in politische Institutionen und Repräsentant\*innen enttäuscht. Konnte die neoliberale Transformation auf der Ebene der Lokalregierungen über einen längeren Zeitraum mehr oder weniger gut moderiert werden (Préteceille 2013), schlägt sie in den Städten seit der Finanz- und Wirtschaftskrise unvermittelt durch. Unter Verweis auf eine (vielerorts angebliche) Staatsschuldenkrise werden nun jene »städtischen Infrastrukturen, die die vorangegangenen kumulierten Runden neoliberaler Restrukturierung überlebt haben beziehungsweise durch sie umgestaltet worden sind« (Mayer 2013: 159), angegriffen. Scheinbar alternativlose Wachstums- und Sparzwänge lassen die politische, das heißt grundsätzlich konflikthafte und ergebnisoffene

Abb. 4: Angebotsmieten nach Siedlungsgröße  
Quelle: [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Service/Medien/Pressedownloads/entwicklungsangebotsmieten-kreistypen.jpg;jsessionid=E0E4A91F0801234DEC07F93F1DC6AFBB.live11291?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Service/Medien/Pressedownloads/entwicklungsangebotsmieten-kreistypen.jpg;jsessionid=E0E4A91F0801234DEC07F93F1DC6AFBB.live11291?__blob=publicationFile&v=2)

#### Angebotsmieten nach Kreistypen 2004 bis 2016

Angebotsmiete nettokalt in € je m<sup>2</sup>



Anmerkung: Mieten für Erst- und Wiedervermietung  
Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, IDN ImmoDaten GmbH

© BBSR Bonn 2017

Auseinandersetzung schwierig, wenn nicht gar unmöglich erscheinen; sie wird abgelöst durch das »Management der lokalen Auswirkungen von globalen ökonomischen Notwendigkeiten« (Beveridge/Richter 2014: 53). Daraus können Unrechtsempfindungen und Bedrohungsgefühle resultieren, an die das rechtspopulistische Orientierungsmuster – die Verstärkung des Vertrauensverlustes in intermediäre Instanzen, der strategische Antipluralismus, die Personalisierung von Politik – anknüpfen kann. Populistische Haltungen können prinzipiell in verschiedene Richtungen politisiert werden. So finden sich in urbanen Kontexten auch soziale Bewegungen zusammen, die partizipativ-demokratisch orientiert sind und eine sozialinklusive Entwicklung von Stadt und Gesellschaft einfordern. In den Städten zeichnen sich folglich Auseinandersetzungen um die Zukunft der Demokratie ab, deren Untersuchung aussteht.

## 2 Populistische Momente in der Stadtentwicklung

Die Gefahr, dass in den Städten populistische Momente eintreten, die Gelegenheitsfenster für rechtsautoritäre Bewegungen und Parteien öffnen, soll im Folgenden exemplarisch anhand von Auseinandersetzungen um die neue Wohnungsfrage, Stadtprojekte und Beteiligung, urbane (Un-)Sicherheit sowie Migration und Integration verdeutlicht werden.

### 2.1 Neue Wohnungsfrage

Die Wohnraumversorgung in den wachsenden Großstädten sind ein viel diskutiertes Thema. Die Erhöhung der Miete, die drohende Verdrängung aus der Nachbarschaft oder die Umstrukturierung des Quartiers werden von alteingesessenen oder statusniedrigen Bewohner\*innen möglicherweise als Ungerechtigkeit und Missachtung empfunden. Die Einbindung ihrer Gesellschaftsbilder in etablierte Legitimationsmuster der politischen Ordnung wird infolgedessen brüchig. Unter die-

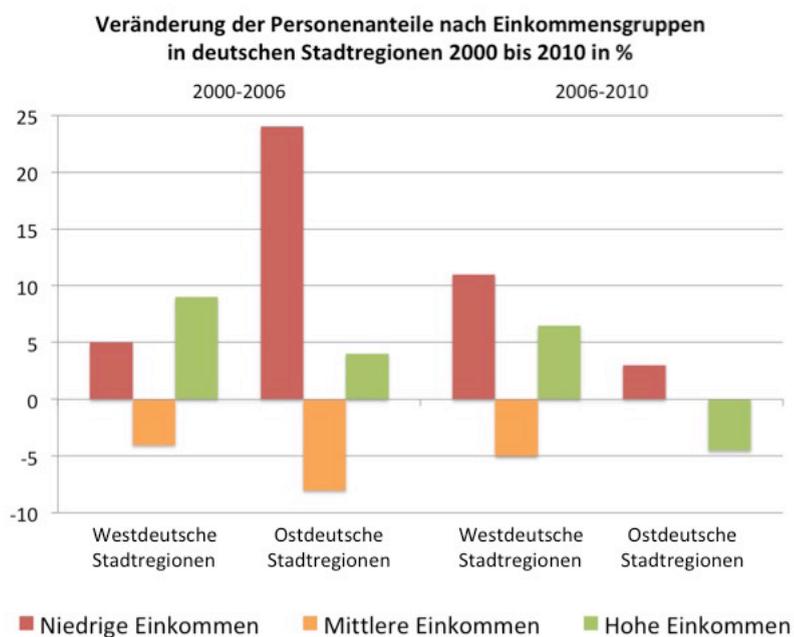


Abb. 5: Einkommenspolarisierung in deutschen Stadtregionen  
Quelle: eigene Darstellung nach Goebel/Goernig 2013: 64

sen Bedingungen einer sozialen und ökonomischen Krise, aber auch einer Krise der politischen Subjektivität rücken grundsätzliche Fragen nach Volkssouveränität und Demokratie in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzung. Sie können je nach Deutungsangeboten und politischen Kräfteverhältnissen eine sozial inkludierende oder exkludierende Antwort finden.

Unter dem Schlagwort »neue Wohnungsfrage« (Holm 2014; Rink u.a. 2015) werden aus dem 19. Jahrhundert bekannte und nun erneut auftretende Probleme des Wohnens wie Wohnungsnot, Überbelegung, Vernachlässigung der Bausubstanz oder die Unterschreitung von Wohnstandards diskutiert; spezifische Streitpunkte wie die Zweckentfremdung von Wohnraum für touristische Zwecke sind ebenfalls darunter zu verstehen.

Die mangelnde Verfügbarkeit von Wohnraum ist vor allem in den Großstädten zu beobachten. Sie können in vielen Fällen eine Zunahme ihrer Einwohnerzahlen verzeichnen. Zugleich haben sich in den letzten Jahrzehnten Flächenbedarfe und Wohnformen (Zunahme von Ein- und Zweipersonenhaushalten) geändert, so dass auch bei konstanter Einwohnerzahl mehr Wohnungen benötigt werden.

Die neue Wohnungsfrage ist jedoch nicht allein ein quantitatives, sondern vor allem ein qualitatives Problem. Das heißt, sie dreht sich um die mangelnde Verfügbarkeit von Wohnungen zu angemessenen Preisen, mit angemessener Ausstattung und in angemessenen Lagen. Für die Großstädte und Stadtregionen gilt: Während einerseits die Mieten steigen (BBSR 2017; Abb. 4), nimmt andererseits die Polarisierung der Einkommensverhältnisse und besonders der Anteil unterer Einkommensgruppen zu (Gornig/Goebel 2013; Abb. 5). Gerade ärmere Haushalte sind dabei mit einer überdurchschnittlich hohen Mietbelastungsquote (Verhältnis von Kaltmiete und Haushaltseinkommen) konfrontiert: Bei Großstadthaushalten mit einer Mietbelastungsquote von mehr als 40% liegt das Pro-Kopf-Einkommen gar bei lediglich 650 Euro (Lebuhn u.a. 2017: 70). Der absolute Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in den deutschen Großstädten (d.h. Wohnungen mit einer Mietbelastungsquote i.H.v. max. 30%) wird mit 1,9 Mio. beziffert (Holm u.a. 2018).

Die Wohnungsfrage kehrt darüber hinaus in Form substandardisierter Wohnverhältnisse wieder, die das Ergebnis von Desinvestitionsstrategien hoch kompetitiver und profitorientierter Immobilienmarktakteur\*innen sind. Wohnungsbestände, deren Aufwertung riskant ist oder keinen Gewinn verspricht, können durch die Senkung der Instandhaltungskosten bei gleichbleibenden Mieten noch immer lohnende Einnahmen generieren.

In der Gesamtheit verstärken die Probleme der Wohnraumversorgung Muster der (unfreiwilligen) residentiellen Segregation und damit verbunden der Sortierung der Stadtbewohner\*innen in »bessere Gegenden« und »Abstiegsquartiere«. Eine aktuelle Studie des Wissenschaftszentrums Berlin konnte auf Grundlage statistischer Daten Folgendes feststellen: »In vielen deutschen Städten ballen sich Personen mit Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB-II-Bezieher) zunehmend in bestimmten Stadtteilen« (Helbig/Jähnen 2018: I). Es sind in der Regel durch Verkehrsbelastung, ausgedünnte Infrastrukturen und hohe Mobilitätsanforderungen gekennzeichnete Lagen, wo sich noch bezahlbarer Wohnraum finden lässt. Durch die Selektionsmechanismen des Marktes entstehen darüber hinaus »erzwungene Nachbarschaften« verschiedener statusniedriger Gruppen, die zu Stigmatisierung und Abgrenzungskonflikten führen können (Häußermann/Siebel 2004: 189f.).

Ursächlich für die skizzierten Missstände ist die gewachsene Bedeutung des Immobilienmarktes als gewinnbringendes und renditeorientiertes Anlagefeld für überakkumuliertes Finanzkapital (Harvey 2014). Um mit Wohnungen und Immobilien Profite einfahren zu können, sind die Marktakteur\*innen jedoch auf einen politisch gesetzten Rahmen angewiesen. Dieser wurde ihnen durch den Wandel von der *Wohnungspolitik* zur *Wohnungsmarktpolitik*, in deren Hintergrund das Leitbild der unternehmerischen Stadtentwicklung steht (dazu mehr in Abschnitt 2.2), geschaffen. Die Neustrukturierung des Politikfeldes umfasst Prozesse der Deregulierung und Überantwortung der Wohnraumversorgung an Marktmechanismen. Entsprechende Entscheidungen waren die bereits Ende der 1980er Jahre erfolgte Aufhebung der Wohnungsgemeinnützig-

keit (durch die Streichung steuerlicher Entlastungen für gemeinnützige Wohnungsunternehmen) und die bis Anfang der 2010er Jahre anhaltende Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände sowie die Umstellung der Wohnungsförderung von der Objekt- auf die marktorientierte Subjektförderung. Zudem kam und kommt es mit der Dezentralisierung der Verantwortung für die soziale Wohnraumversorgung (Übertragung der Zuständigkeit vom Bund an die Länder und Kommunen) zu einer Fragmentierung der Förderlandschaft. Schließlich tragen die im Zuge der Hartz-Arbeitsmarktreformen getroffenen Regelungen bezüglich der Bemessungsgrenzen für angemessenen Wohnraum von Transferleistungsempfänger\*innen zu Problemen der Versorgung mit angemessenem Wohnraum bei.

Instrumente, die einen Eingriff der kommunalen Verwaltungen in den Wohnungsmarkt ermöglichen wie der Ankauf von Belegungsrechten, die Kopplung des Grundstücksverkaufs an soziale Nutzungskonzepte, die Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht oder die Erlassung von Milieuschutzsätzen wurden bis in die jüngste Vergangenheit nur zögerlich genutzt, was auch mit den klammen Haushalten und der Politik urbaner Austerität (Schönig/Schipper 2016) zusammenhängt. Obwohl es Stimmen gibt, denen zufolge »erneut ein wohnungspolitischer Paradigmenwechsel im Sinne einer Um- oder Rückkehr zu wohlfahrtsstaatlicher Wohnungspolitik« (Schönig u.a. 2017: 26) in Aussicht steht, ist eine wirkliche Neusetzung von Prioritäten nicht erkennbar: »Die meisten aktuellen wohnungspolitischen Instrumente affirmieren die Marktlogiken (z.B. Förderprogramme und Wohngeld), stimulieren immobilienwirtschaftliche Investitionen (z.B. steuerliche Anreize) oder müssen gegen private Verwertungsinteressen durchgesetzt werden (z.B. Erhaltungssatzungen und Mietrecht)« (Holm 2017: 140).

Die geschilderten Bedingungen am Wohnungsmarkt und die Modalitäten der Wohnraumversorgung stehen im Missverhältnis zu den Erwartungen und Ansprüchen der betroffenen Mieter\*innen. Gleich ob sie Wohnung und Quartier aufgrund der gestiegenen Wohnkosten verlassen müssen, ob sich ihre Mietbelastung erhöht oder ob sie »nur« unter der lebensweltlichen Ver-

änderung der Nachbarschaft leiden: Die bedrohte Wohnsituation kann zu Gefühlen der Enttäuschung und Zurückweisung führen. Zumal mit der Wohnung der »nach der Erwerbsarbeit zweitwichtigste Lebensbereich« (Hannemann 2016: 31), also ein zentraler Identitätsanker betroffen ist, sind affektive Reaktionen wie der Verlust der Glaubwürdigkeit politischer Akteur\*innen und des Vertrauens in demokratische Prozesse vorstellbar. Erste Auswertungen von Experteninterviews in Leipzig und Stuttgart bestätigen diese Annahme.

Aus den wenigen Forschungsarbeiten, die zur subjektiven Wahrnehmung von Aufwertungsprozessen (die mit Desinvestition und Abwertung an anderer Stelle einhergehen) vorliegen, ist bekannt, dass die bedrohte Wohnsituation Abstiegsängste und Frustration über die scheinbar willkürliche Verschlechterung der Lebensumstände hervorruft. Die Prozesse am Wohnungsmarkt sind schwer durchschaubar, so dass sich Umdeutungen aufdrängen, die eine unzumutbare und schwierig zu bekämpfende Situation handhabbar machen können. Ohnmachtsgefühle, die besonders drastische Reaktionen nahelegen, oder personalisierende Empörung, die Aufwertungsstrategien unmittelbar auf Bereicherungsmotive zurückführt, sind jedoch das Reservoir, aus dem der Rechtspopulismus schöpft. Der Stadtsoziologe Thomas Dörfler (2010) konnte in Berlin-Prenzlauer Berg beobachten, dass unter Verdrängungsdruck geratene Altbewohner\*innen eine »Unterscheidung von Wir- und Sie-Gruppen« vornehmen, mit der sie sich von Zugezogenen und »Yuppies« abgrenzen. Rechtspopulistische Deutungsmuster, für die ein solcher Antagonismus zentral ist, können hier anknüpfen. Exkludierende Haltungen sind aber auch unter den Gewinner\*innen der Gentrifizierung zu finden. So argumentiert die erwähnte Studie von Dörfler, dass Teile der statushöheren Neubewohner\*innen in Prenzlauer Berg eine Wunschvorstellung vom Quartier haben, die alternative Lebensstile (Umweltschutz, Nachhaltigkeit) mit antiurbanen Haltungen (Distanz zu »unmodernen« Migrant\*innen und Unterschichtmilieus) verbindet.

Während in der öffentlichen Diskussion Gentrifizierung als linkes oder linksliberales Thema gilt, ist keineswegs ausgemacht, dass die ent-

sprechenden städtischen sozialen Bewegungen für die Betroffenen in ihrer Gesamtheit oder auch nur einen relevanten Teil von ihnen sprechen. Denn häufig erreicht die Arbeit wohnungspolitischer Initiativen und Recht-auf-Stadt-Gruppen vorrangig jene, deren hohes kulturelles Kapital gut für den Widerstand gegen Entmietung und Verdrängung eingesetzt werden kann. Die Gefahr liegt jedoch darin, dass die neue Rechte die vielen anderen von Mietsteigerung und Verdrängung bedrohten Stadtbewohner\*innen für sich gewinnt, wenn sie ihren Appell an Heimatgefühle entsprechend platziert.

## 2.2 Stadtprojekte und Beteiligung

Nicht nur im Hinblick auf Wohnungen und Wohnquartiere befinden sich Städte im Wandel. Sie müssen sich vielmehr fortlaufend an neue Gegebenheiten anpassen und veränderte Bedürfnisse ihrer Bewohner\*innen berücksichtigen. Damit sind Fragen der partizipativen Stadtplanung und Bürgerbeteiligung angesprochen, die im Falle von Großbauprojekten in jüngster Zeit Gegenstand teils heftiger Debatten geworden sind.

Stadtentwicklungspolitik wird schon länger als ökonomische Zukunftspolitik verstanden, nicht zuletzt getragen vom neoliberalen Impuls der Standort- und Städtekonkurrenz. Tatsächlich müssen Städte im postindustriellen Zeitalter auf teils drastische Veränderungen reagieren, etwa wenn Unternehmen ihre Standorte verlagern oder Industriezweige aufgegeben werden. Veränderte finanzielle Rahmenbedingungen infolge der Politik kommunaler Austerität verstärken den Druck auf die städtischen Verwaltungen, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch angebotsorientierte Steuer- und Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen. Städte befinden sich häufig in »einem Standortwettbewerb um Investoren, Einwohner, Touristen und Fördergelder« (Krüger 2012: 589). Ihm gerecht zu werden erfordert, strategisch und vorausschauend die Attraktivität der Stadt für Unternehmen und wohlhabendere Schichten zu erhalten und ein originelles und einprägsames Image oder eine Marke (Häußermann u.a. 2008: 248) zu erschaffen. Wer »Wachstum selbst [...] erzeugen« (ebd.: 246) will, muss sich als Unternehmen

auffassen. »Dies geschieht vor allem durch die Ausgestaltung der Innenstädte zu Einkaufs- und Erlebnis-zonen, durch bevorzugte Förderung der internationalen Segmente im Büro- und Kulturbereich, durch die Förderung des Tourismus und durch die Unterstützung der Entwicklung von Informationstechnologien und der Kommunikationsindustrie« (ebd.). Stadtplanung ist dabei unterschiedlich skalierbar, von kleinen Interventionen und Maßnahmen bis zu Großprojekten wie Bahnhöfen und Flughäfen, der gezielten Ansiedlung großer Unternehmen, dem Bau von Stadien oder Kulturgebäuden bis zur Aufwertung, Sanierung und Umgestaltung ganzer Stadtviertel.

Gerade Großprojekte werden als Chance gesehen, sich strategisch von anderen Städten abzuheben und Wettbewerbsvorteile zu generieren. Großprojekte bieten zudem die Möglichkeit, Gelder des Landes, des Bundes oder der EU einzuwerben (Krüger 2012: 589) und damit Vorhaben zu verwirklichen, welche die Stadt angesichts knapper Kassen nicht allein hätte stemmen können. Großprojekte können auch dazu beitragen, dass die Stadt kulturell für Hochqualifizierte interessant ist und sich in Folge auch Firmen ansiedeln, die ebensolche Arbeitskräfte benötigen (Häußermann u.a. 2008: 249).

Veränderungen größerer Dimensionen stellen jedoch selten Win-Win-Situationen dar. Fast immer kennen stadtplanerische Vorhaben Gewinner\*innen und Verlierer\*innen (Wischmann 2014: 217). Ganz allgemein kann es erstens Konflikte über die Nutzung des öffentlichen Raums geben: Wann ist beispielsweise eine Umwidmung von Flächen – etwa der Neubau von dringend benötigten Wohnungen auf dem Gelände einer Kleingartenanlage – legitim und welche Gruppen mit jeweils eigenen Bedürfnissen sollten bei der Stadtplanung bevorzugt werden? Gehen die Interessen der Allgemeinheit (Bau einer Müllverbrennungsanlage oder eines Recyclingparks) über jene der unmittelbaren Anwohner\*innen hinaus, die bestimmte Projekte nicht in ihrer Nachbarschaft verwirklicht sehen wollen (Menzl 2014)? Zweitens können die möglichen Folgen eines Projekts für Unmut sorgen: So kann zum Beispiel die Ansiedlung großer Discounter die Sorge hervorrufen, dass die Verkehrsbelastung zunimmt (Füllner/Templin 2011:

85). Großbauprojekte können drittens mit sozialen Verwerfungen einhergehen, weil mit ihnen häufig Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse verbunden sind, da sich ärmere Einkommenschichten das Wohnen in durch das Großprojekt aufgewerteten Vierteln nicht mehr leisten können und andere Quartiere vernachlässigt werden. Die »Projekte binden in der Regel in hohem Umfang öffentliche Ressourcen« (Adam/Fuchs 2012: 568), die für andere Angebote – etwa im Sozial- und Kulturbereich – nicht mehr zur Verfügung stehen. Sinn und Zweck solcher Projekte werden zum Streitpunkt.

Weil Stadtplanung »unmittelbar erfahrbar und sichtbar« (Sack 2012: 312) ist, verwundert es nicht, dass die Bürger\*innen auf Beteiligung drängen. »Kämpfe in Stadtquartieren sind mehr als nur der Ausdruck von Raum- oder Flächen-nutzungskonflikten«, es geht immer auch um »die grundsätzliche Verteilung politischer Einflussnahme« (Wischmann 2014: 218). Die Auseinandersetzungen um Stadtplanung sind daher auch von Fragen nach Demokratie und Teilhabe begleitet. »Forderungen nach mehr Partizipationsmöglichkeiten wurden spätestens mit dem Aufkommen von Bürgerinitiativen und städtischen beziehungsweise »Neuen Sozialen Bewegungen« seit Mitte der 1960er laut« (Rosol/Dzudzek 2014: 212). Seither geht es, besonders im Umfeld von Großbauprojekten, um Teilhabe, um Möglichkeiten, Einspruch einzulegen, um die faktische Finanzierbarkeit und die Frage, ob bestimmte Projekte möglicherweise vorrangig Partikularinteressen (Füllner/Templin 2011: 101) dienen.

Einen zentralen Streitpunkt bei Großprojekten und stadtplanerischen Vorhaben allgemein stellt also der Einbezug der Bürger\*innen dar. Projekte können als »Fremdkörper« (Adam/Fuchs 2012:570) und Fehlplanung wahrgenommen werden, wenn etwa die Planung intransparent war. Wenn die Bürger\*innen sich in ihren Interessen übergangen und von den stadtpolitisch Verantwortlichen nicht gehört fühlen, kann das Wut und Ohnmacht auslösen und einen Prozess der Entfremdung zwischen Bürger\*innen und Stadt beziehungsweise Politik im Allgemeinen befeuern. Beteiligung im Planungsprozess ist zwar vorgesehen und durchaus gängig. Allerdings gleicht sie oft einer nur symbolischen Partizipa-

tion, »die lediglich der Legitimation von bereits beschlossenen Projekten, der Einbindung von kritischen Stimmen oder der Erfüllung gesetzlicher Beteiligungsverpflichtungen dienen« (Rosol/Dzudzek 2014: 212). Im Zusammenhang mit Debatten um Aktivierung und Selbstverantwortung ist Bürgerbeteiligung zwar ein viel verwendetes Schlagwort. Allerdings geht es häufig nicht mehr um grundsätzliche politische Fragen, die zumeist im Sinne unternehmerischer Städte unstrittig sind oder aus dem Blickwinkel eines vermeintlichen Allgemeinwillen schon entschieden wurden (Metzger 2017). Beteiligung verschiebt sich vielmehr entweder hin zu reiner Informationsvermittlung oder sie verfängt sich im Detail.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass städtebauliche Projekte folgenreiche Probleme mit sich bringen können: Intransparenz der Abläufe, Aufwertung und Verdrängung sowie Beteiligung, die um substantielle und eigentlich politische Fragen einen Bogen macht. Im Zusammenwirken mit anderen städtischen Entwicklungen, etwa den Problemen der Wohnraumversorgung, können Projekte und ihre Umsetzung zur Distanzierung zwischen (Stadt-)Politik und Bürger\*innen beitragen und einen populistischen Moment herbeiführen. Rechtspopulist\*innen können sich die tatsächliche oder gefühlte Distanz zwischen Planung und Stadtbevölkerung zu Nutze machen und sich als wahre Stimme des Volkes gegen die Eliten inszenieren. Die Praxis der Pseudobeteiligung stärkt den Eindruck, von »der Politik« getäuscht zu werden. Wenn Großprojekte zudem in Verdrängung münden, können sie im Zusammenspiel mit der Wohnungsfrage zu einer Vergrößerung der Distanz zwischen »denen da oben« und »dem Volk« führen. Die Differenzen zwischen Anspruch (Teilhabe und Mitbestimmung auch bei großen Planungs- und Bauprojekten) und Wirklichkeit (Pseudobeteiligung und faktische Überkomplexität entsprechender Prozesse) lässt sich dann leicht als Defizit der repräsentativen Demokratie vorführen.

### 2.3 Urbane (Un-)Sicherheit

Im Unterschied zu Wohnungspolitik und Stadtplanung zählen Fragen von Sicherheit und Ord-

nung zu programmatischen Schwerpunkten des Rechtspopulismus. Gegenwärtige, von rechts geführte Debatten um Unsicherheit knüpfen dabei an die Prinzipien und Praktiken kommunaler Sicherheitspolitik an, denn diese erzeugen »politisch nützliche Belege für Bedrohungen, mit denen populistische Bewegungen arbeiten, die für soziale Exklusion und einen Ausbau staatlicher Repression, Überwachung und Kontrolle eintreten« (Kreissl 2018: 18). Tatsächlich ist die Angst vor Kriminalität und insbesondere die Angst vor »kriminellen Ausländern« hoch, auch wenn sich dafür faktisch keine Belege finden lassen: Die Anzahl der Delikte ist insgesamt rückläufig und die Anzahl der von nichtdeutschen Täter\*innen verübten Straftaten ist nicht überdurchschnittlich hoch (BMI 2018). Dass diese Ängste dennoch so häufig und hartnäckig sind, ist für gewöhnlich nicht auf reale Bedrohungen zurückzuführen, sondern auf überzogene Sicherheitsansprüche, die Versicherheitlichung sozialer Problemlagen sowie auf politische und mediale Dramatisierungen.

Im Feld urbaner (Un-)Sicherheit wird eine populistische Lücke seitens der etablierten politischen Akteur\*innen durch die Enttäuschung von Ansprüchen erzeugt, die sie selbst geweckt haben. Denn einerseits hat Sicherheit in der Stadtpolitik eine enorme Bedeutung erlangt und die Kommunalverwaltungen intensivieren Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage.

Andererseits reproduzieren diese Anstrengungen häufig Unsicherheitsgefühle. Technische (Kameras, Betonbarrieren, Platzgestaltung) und personelle (Polizist\*innen, Ordnungsdienste, Sicherheitsdienstleister) Aufrüstung ruft ein paradoxes Phänomen hervor: Was die Sicherheit verbessern soll (und dem Organisationserhalt dient), signalisiert, dass es eine Bedrohung gibt und steigert das Verlangen nach Sicherheit anstatt es zu befriedigen (Ammicht Quinn 2014). Das Stadtleben droht damit seinen Charakter als »Mischung aus Angst und Neugier« (Lindner 2004: 34) zu verlieren. Im endlosen Streben nach »mehr Sicherheit« bleibt die für städtische Lebensformen konstitutive Ambivalenz auf der Strecke: »Freiheit, Anonymität und Toleranz können gewissermaßen als konstitutive Elemente von Urbanität verstanden werden, mitgeführt werden aber auch Unsicherheit, Furcht vor Andersartigkeit und Fremdheit« (Rolfes 2015: 122). Da Sicherheit versprochen wird, dieses Versprechen aber unerfüllbar bleibt, kann Verbitterung die Folge sein. Der Rechtspopulismus kann die enttäuschten Erwartungen an eine geordnete, saubere und bequeme Stadt abgreifen und als Migrationsproblem oder als »Kampf der Kulturen«, also zwischen »uns« und »denen« reformulieren.

Einen Anknüpfungspunkt für den Rechtspopulismus bietet oftmals das Selbstverständnis kommunaler Sicherheitsarbeit. Als ihre Geschäftsgrundlage hat sich der sogenannte

## Worüber machen Sie sich Sorgen?

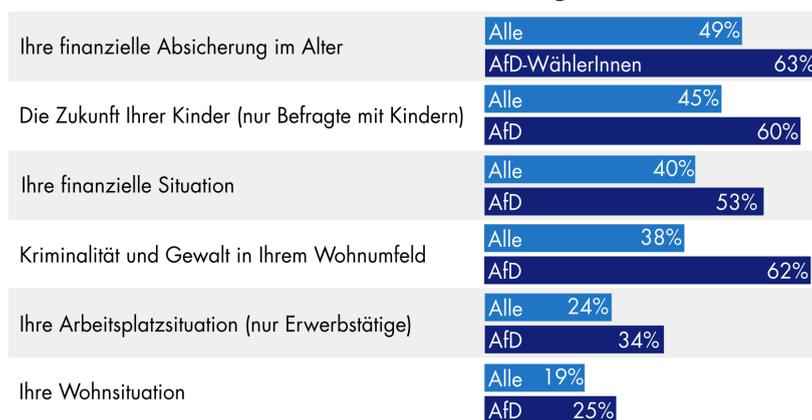


Abb. 6: Eigene Darstellung nach Hilmer u.a. 2017: 33

Broken-Windows-Ansatz durchgesetzt. Diesem Konzept nach besteht ein Zusammenhang zwischen Raum und Kriminalität. Anzeichen von Verfall (kaputte Fenster, Graffiti, Müll) und abweichendes Verhalten (Ruhestörung durch Jugendliche, Bettler\*innen) werden als erste Schritte auf dem Weg zu schwerer Kriminalität gedeutet. Denn viele Bewohner\*innen, so die Annahme, verließen die betroffenen Gegenden aus Furcht vor Verbrechen und potenzielle Straftäter\*innen fühlten sich eingeladen. Auch wenn die These kaum empirisch überprüfbar ist, findet sie viel Zuspruch in der kommunalpolitischen Praxis. Die Maßnahmen, die von dieser These ausgehen, nehmen Zeichen des Verfalls und »unordentliches« Verhalten ins Visier. Beispielsweise werden immer wieder Vorstöße zum Verbot von Alkoholkonsum in Innenstadtbereichen gemacht oder sogenannte Bettelverordnungen erlassen. Kritiker\*innen bemängeln die Versicherheitlichung moralischer Ansprüche an »Ordnlichkeit«. Denn es ist eine Sache, Mülleimer aufzustellen, zu putzen oder soziale Hilfen zu stärken, weil die Sachlage es erfordert, eine andere aber, bestimmte Vorstellungen von Ordnung zu begründen, indem Abweichungen kriminalisiert werden (Belina 2006: 135–155). Kurz: Ordnung und Recht werden vermischt.

Anhand der Broken-Windows-Argumentation ist ein Paradigmenwandel erkennbar, der die Bestimmung der Ursachen von Kriminalität betrifft: Während unter Bedingungen des wohlfahrtsstaatlich integrierten Kapitalismus in der Nachkriegszeit selbst im polizeilichen und kriminologischen Diskurs davon ausgegangen wurde, Devianz und Delinquenz seien ein soziales Problem (soziale Deprivation, Sozialisation, Biografie), dem mit Integrationsmaßnahmen, Bildung, Sozialarbeit und Sozialpolitik zu begegnen sei, dominiert heute die Auffassung, Kriminalität sei eine rationale Entscheidung des Individuums (Garland 2008). Es sei daher notwendig, die Opportunitätskosten zu erhöhen, also die räumlichen und situationalen Bedingungen ungewünschter Handlungsweisen möglichst abschreckend zu gestalten. Neben den privaten Initiativen (Gated Communities, Sicherheitsdienste, Hausordnungen in den Räumen und im Umfeld kommerzieller Anbieter\*innen) arbeitet eine solche kom-

munale Sicherheitspolitik dem Rechtspopulismus jedoch ungewollt in die Hände.

Die oben genannte Kriminalitätsfurcht, so haben empirische Studien gezeigt, ist Folge einer Wahrnehmungsumlenkung. Das heißt, soziale Ängste, die mit Veränderungen in der Arbeitswelt, dem Wandel des Wohlfahrtsstaats, aber auch der Enttraditionalisierung von Lebens- und Familienformen zu tun haben, »werden auf Kriminalität projiziert, die dann auch als greifbare Vergegenständlichung der ansonsten nur schwer fassbaren Transformationsrisiken erscheinen« (Hirtenlehner 2006: 310). Die Verschiebung der allgegenwärtigen und subtilen Bedrohungen auf konkrete andere beziehungsweise statusniedrige Gruppen (Obdachlose, Geflüchtete, Trinker\*innen, Drogenkonsument\*innen) und die von ihnen angeblich ausgehende Gefährdung der öffentlichen Ordnung erfüllt sozialpsychologisch einen Nutzen. Sie reduziert Komplexität, indem Bedrohungen kleingearbeitet, das heißt benennbar, kommunizierbar und – auf kurze Sicht – bearbeitbar werden. Die sozialen Verwerfungen in der Stadtentwicklung (Einkommenspolarisierung, Segregation, Armut im öffentlichen Raum, der Streit um Großprojekte, Anspannungen am Wohnungsmarkt) können auf diesem indirekten Weg zur gesteigerten Kriminalitätsfurcht führen, an die der Rechtspopulismus mit seiner Agitation gegen »kriminelle Flüchtlinge« anknüpfen kann.

Die Diskussion um urbane Unsicherheit thematisiert häufig Quartiere, die als Problemviertel gelten oder offiziell so markiert werden (etwa als polizeilich ausgewiesene Waffenverbotszone oder Gefahrengebiete). Hier verdichten sich Muster der Wahrnehmungsumlenkung, der Versicherheitlichung des Raumes (Broken Windows) und der paradoxen Fixierung auf die Verbesserung »der« Sicherheit. Unter dem Begriff »Parallelgesellschaft« wird in Medien und Politik das Schreckbild ethnisch-kulturell homogener Zonen gezeichnet, in denen staatliche Institutionen vollständig durch solche der Minderheitengruppe ersetzt sind. Als Quartiere freiwilliger Segregation können sie hingegen eine wichtige Rolle für die Integration von Migrant\*innen spielen. Im Falle erzwungener Segregation können sie aber tatsächlich Prozesse der Selbstausgrenzung bewirken. Diskriminierung auf dem Arbeits- und

Wohnungsmarkt schaffen so erst den ›Ausländer‹, der als Sicherheitsrisiko gilt. Der Stadtsoziologe Carsten Keller (2015: 12) hat diesen Zusammenhang in Frankreich beobachtet: »Die soziale Marginalisierung, der relative Ausschluss von Bildung, Erwerbstätigkeit und urbanem Leben, führt vor dem Hintergrund von alltäglich als diskriminierend erfahrenen Sicherheitsbehörden besonders bei den Kindern der Einwanderinnen und Einwanderer zu einem generalisierten Hass auf einen als neokolonial erlebten Staat.« Die kommunale Sicherheitspolitik nimmt die strukturellen und ökonomischen Gründe der ubiquitären Kriminalitätsfurcht und gruppentypischen Verhaltens nur unzureichend auf. Stattdessen versteift sie sich auf die Gewährleistung von ›mehr Sicherheit‹. Genau dieses Programm vertritt der Rechtspopulismus jedoch überzeugender als Behörden und Fachverwaltungen.

Politische Versäumnisse sind schließlich nicht nur dort zu beobachten, wo Sicherheitsbedürfnisse durch die Politik und durch eine verschobene Wahrnehmung infolge einer selektiven Aufmerksamkeitsökonomie durch Echokammern und Filterblasen der neuen Medien verstärkt werden. Auch soziale, urbane Bewegungen laufen Gefahr, Sicherheitsbedürfnisse pauschal als zwangsläufig exkludierend und reaktionär abzutun (Soltz 2016). Sofern ein sozial-inklusives Deutungsangebot für die breit geäußerten Unsicherheitswahrnehmungen fehlt, eröffnen sich Anschlussmöglichkeiten für rechtspopulistische Akteur\*innen.

## 2.4 Migration und Integration

Die Debatten um urbane Unsicherheit werden seit einiger Zeit von jenen zu Flucht und Migration flankiert. Die Verknüpfung von Unsicherheit und Migration (besonders in Städten) widerspricht zwar empirischen Befunden, hat aber große assoziative Kräfte. Regulierungsdefizite und Planungsmängel im sozialpolitischen Bereich, die 2015 sichtbar wurden und zu teils humanitär schwierigen Situationen in Zeltlagern und Notunterkünften führten (Lewek/Naber 2017), sowie eine teils tendenziöse Berichterstattung verbreiteten den Eindruck von Not und

Überforderung in Städten und Kommunen. Es schien, als käme die Justiz mit der Menge an Asylanträgen nicht zurecht, bisweilen war sogar von »Staatsversagen« (etwa Anastasiadis 2015) die Rede. Obwohl die Zeitspanne vom Asylantrag bis zur Entscheidung im historischen Vergleich nicht besonders lang war (Mushaben 2018), wurde mancherorts der bevorstehende Zusammenbruch der Behörden und des Justizsystems angenommen, das aufgrund der Klagen gegen Entscheidungen des Bundesamtes (von denen im Jahr 2017 insgesamt 22% für die Antragsteller erfolgreich waren, BAMF 2018) praktisch nicht mehr arbeitsfähig gewesen sei. Diese Mischung aus längerfristigen politischen Weichenstellungen (Abbau von Unterbringungskapazitäten, Personalarückbau, Integrationsbarrieren am Arbeits- und Wohnungsmarkt), behördlichen Fehlern (bei der Einhaltung von Mindeststandards in der Unterbringung und Betreuung) und medial inszeniertem Notstand war und ist mitverantwortlich für die aggressive Stimmung gegenüber Geflüchteten (taz 2017).

Die Wahrnehmung der geschilderten Situation als ›Flüchtlingskrise‹ speist sich aus zwei Hauptquellen: Einerseits gab es bereits vor 2015 auffällige Unklarheiten und Mängel im EU-Asylsystem und 2015 wurde das Dublin-Abkommen faktisch ausgesetzt (Zielke/Stahl 2015). Bund und Länder sorgten nicht vor, obwohl das Szenario vieler ankommender Menschen absehbar war. Dies führte zu temporären Ausnahmesituationen, vor allem in den Kommunen. Bilder von überfüllten Turnhallen prägten andererseits den alltäglichen Blick auf Geflüchtete: Sie hinterließen den Eindruck einer systematischen und dauerhaften Überforderung von Land und Leuten, was in Debatten um Staats- oder Systemversagen kulminierte und bis heute nachwirkt. Zudem hat sich die Präsenz von Geflüchteten im Stadtraum mit den beschriebenen Debatten um urbane (Un-)Sicherheit verschränkt. Migration wird dementsprechend zunehmend nicht mehr als soziales oder humanitäres, sondern als sicherheitspolitisches Thema gedeutet.

In urbanen Ballungsgebieten manifestieren sich gesellschaftliche Konflikte um soziale und politische Teilhabe sowie Wohnraum- und Verteilungsfragen. Dies ist umso mehr der Fall als die

Wohnungspolitik soziale Aspekte deutlich in den Hintergrund gerückt hat. Die sogenannten Erstunterkünfte als »Nicht-Orte« der »temporären Unterbringung durch öffentliche Zuweisung« (Schües 2015: 6–8) verstärken das Gefühl der Not und Überforderung, auch im Hinblick auf den Wohnungsmarkt. Die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum, die vor allem mit der Verschiebung hin zu einem Renditemarkt zu tun hat, wird potentiell zu Konkurrenz zwischen Freund und Feind, zwischen Einheimischen und Zugewanderten (oder Geflüchteten) umgedeutet. Das Zusammenspiel von Verdrängung (etwa im Zuge von Gentrifizierung), paradoxem urbanen Sicherheitsdispositiv und Migration, die vermeintlich den beiden ersten Aspekten zu schaffen macht, provoziert in Teilen der Bevölkerung einen Vertrauensverlust im Hinblick auf die Problemlösungskompetenz politischer Institutionen.

Im Kontext von Verdrängung und (urbaner) Unsicherheit wird Migration vorrangig als Problem (gescheiterter) Integration gedeutet. Wissenschaftlich gesehen ist Integration komplex. Mit der Kontakt- und der Konflikthypothese werden zwei unterschiedliche Perspektiven auf das Thema unterschieden. Während die eine den Kontakt von Einheimischen und Zugewanderten für besonders wichtig erachtet, damit Kommunikation entsteht und Ressentiments abgebaut werden, geht die andere davon aus, dass räumliche Distanz Konflikte verhindern kann, gerade zwischen statusniedrigen Gruppen mit und ohne Migrationsgeschichte. Ethnische Segregation in Stadtvierteln wird gemeinhin als negativ angesehen – sowohl in der öffentlichen Debatte als auch durch viele städtischen Vertreter\*innen. Dabei lautet eine These, dass ethnische Segregation die Integration fördern kann, da der Zuzug von Migrant\*innen in migrantische Netzwerke das Ankommen und die Verbindung mit der Aufnahmegesellschaft durch informelle Unterstützungssysteme ermöglicht (Siebel 2015). Zudem ist nicht garantiert, dass der Kontakt in gemischten Quartieren tatsächlich zur Annäherung führt. Besonders in urbanen Zentren ist schon länger zu beobachten, wie migrantische Communities das Stadtbild mitbestimmen und Integration als fortlaufende und wechselseitige Praxis alltäglich stattfindet.

In politischen und medialen Debatten überwiegen allerdings Ängste vor sogenannten Problemvierteln und einem Mangel an sozialer Mischung (Bayer u.a. 2014: 83ff.). Auch im Kontext der jüngsten Migrationsbewegung von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten gibt es Sorgen um entstehende oder wachsende »Gettos« und »Parallelgesellschaften« (Siebel 2015: 15), was sich bis zu Debatten um die sogenannte Islamisierung Deutschlands auswachsen kann. Die Rede von »Klein-Istanbul, das exotisch wertgeschätzt, aber zugleich als Brückenkopf einer fremden Kultur beäugt wird, hat hier ihren Ursprung. Für gewöhnlich sind die Lebenswirklichkeiten in diesen Straßen oder Vierteln hybrid und entsprechen keiner dieser Zuschreibungen.

Im Hinblick auf Integration ist eine problematische Dopplung zu beobachten: Einerseits verhindern strukturelle Blockaden noch immer die Integration, etwa durch fehlenden Zugang zum Arbeitsmarkt, soziale Ausgrenzung und längerfristig unklare (Bleibe-)Perspektiven in Form von kurzweiligen Aufenthaltstiteln beziehungsweise einer potentiellen Gefahr, doch abgeschoben zu werden. Andererseits setzt sich in Medien, Politik und Alltag ein Leitbild der Stadt als »Salad bowl, in der die Koexistenz des Heterogenen gewährleistet und nicht ihre Anpassung verlangt wird, nur langsam durch. Diese Paradoxie wird oft nicht als solche erkannt, sondern als vermeintlicher Mangel der Geflüchteten gedeutet, deren Integrationswille oder -fähigkeit zu gering sei. Zugleich hinterlässt sie den Eindruck einer handlungsunfähigen Politik, weil sie Integration zugleich fordert und verhindert.

Der starke Anstieg der Anzahl Geflüchteter und die anschließende gesellschaftliche Debatte hat eine Polarisierung in Gang gesetzt. Neben den Vielen, die sich in Solidaritäts- und Willkommensinitiativen engagierten (und immer noch aktiv sind), haben sich andere dem autoritären Populismus zugewandt. Das hat auch den Grund, dass es den Rechten gelingt, den durch soziale Spaltungen erzeugten »Problemrohstoff« (Dörre u.a. 2018) in ihrem Sinne zu politisieren. Es wird ihnen leichter gemacht, wenn Kommunalpolitik und -verwaltung Geflüchtete in prekäre Situationen bringen oder Medien sie als Sicherheitsrisiko darstellen. »Die bittere Pointe dabei ist

gewiss, dass, gleichgültig wie zynisch und »national« die jeweiligen postdemokratischen Regierungen mit den Flüchtlingen auch umgehen mögen, es den völkisch-nationalen »Bewegungen« nie genug sein kann« (Metz/Seeßlen 2016: 98).

Ein Beispiel rechtspopulistischen Protests im Kontext von Migration und Integration ist der geplante Neubau einer Moschee in Stuttgart-Feuerbach, dessen genauere Untersuchung noch aussteht. Während die Asylpolitik derzeit ein zentrales Thema ist und um Offenheit oder Abgrenzung gerungen wird, bleibt die Frage nach der Teilhabe und Förderung bereits in Deutschland lebender Migrant\*innen unterbelichtet. Das Zusammenspiel aus a) den teils medial inszenierten Eindrücken von Not und Überforderung, b) dem Aussetzen des EU-weiten Asylsystems, c) der mangelhaften Planung in den Städten und Kommunen, d) Wohnungsnot und dem Rückgang an sozialen Angeboten und e) offenen Fragen zur Integration von Migrant\*innen hat rechtspopulistischen Gruppen Raum gegeben. Dieser wird in Fällen wie beim Neubau der Moschee in Stuttgart-Feuerbach mit Aktivismus und rechten Lösungsvorschlägen besetzt. Die Junge Alternative (JA), die Jugendorganisation der AfD, rief im Mai 2018 zu einer Demonstration gegen den Neubau auf. Der Titel der Veranstaltung lautete »DITIB stoppen – Gegen die Erdogan-Moschee in Stuttgart-Feuerbach«. Im Aufruf zur Demo geht die JA die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) massiv an und wirft ihr vor, den Nährboden für radikalen Islam zu bereiten. Die JA benennt als wichtige Themen die Sicherheit in der Stadt, bürgerliche Freiheiten, den Erhalt deutscher Kultur und Identität und spricht sich gegen angenommene »Parallelgesellschaften« aus (JA 2018). Dagegen regt sich auch Widerstand, etwa vom Bündnis Stuttgart gegen Rechts (Beobachternews 2018). Ein populistischer Moment entsteht schließlich dann, wenn legitime Kritik an der mangelnden Auseinandersetzung mit Integrationsfragen zu einer ideologisch motivierten Stimmungsmache gegen (muslimische) Bürger\*innen und Immigrant\*innen führt und ihnen ihr Recht auf Stadt und soziale (Hilfs-) Netzwerke abgesprochen wird.

### 3 Mikrokonflikte

In der Untersuchung konkreter Auseinandersetzungen im Stadtraum lässt sich die Anwendbarkeit des Konzepts der populistischen Lücke prüfen. Es werden soziale Kontexte erkennbar, die im Zusammenspiel mit rassistischen Vorurteilen Ermöglichungsbedingungen für rechtspopulistische Gesellschaftsentwürfe darstellen. Mikrokonflikte sind zwar bezüglich der Reichweite und des Kreises beteiligter Akteur\*innen begrenzt, erlauben aber eine besonders dichte Beschreibung von Motivationen, Deutungen und Handlungsstrategien, die gegebenenfalls plausible Verallgemeinerungen zulassen. Aufbauend auf ersten explorativen Erhebungen bzw. Dokumentenauswertungen und Leitfadenterviews mit beteiligten Akteur\*innen werden zwei Fallbeispiele aus den Untersuchungsgebieten Stuttgart und Leipzig vorgestellt.

#### 3.1 Lückenschluss im Leipziger Osten

Einen Konflikt dieser Art stellt die Auseinandersetzung um den Abriss eines Garagenhofs im östlichen Stadtgebiet Leipzigs dar. Sie steht im Zusammenhang mit dem Neubau eines kommunalen Schulcampus. Das betreffende Quartier ist von großer sozialer und politischer Dynamik sowie markanten Problemlagen geprägt: Die Einwohnerzahl im Stadtteil hat sich in den letzten Jahren stark vergrößert, vor allem bedingt durch die Zunahme des Migrationsanteils; bei der Bundestagswahl 2017 haben die LINKE und die AfD viele Stimmen hinzugewonnen, die CDU hat hingegen stark an Zuspruch verloren; das Einkommensniveau ist gering, der Anteil an Transferleistungsempfänger\*innen ist überdurchschnittlich hoch.

Auf dem für den Schulneubau vorgesehenen städtischen Grundstück befindet sich unter anderem ein Hof mit circa 100 PKW-Garagen. Die Umgestaltung des Areals sieht die Auflösung beziehungsweise Verkürzung zweier Straßen vor, die Verlagerung eines Wertstoffhofs sowie den Abriss der Garagen. Nachdem sie über die Planung informiert wurden, wendeten sich die Garagenpächter\*innen mit einer Reihe von



Abb. 7: Garagenhof im Leipziger Osten

Briefen, schriftlichen und mündlichen Anfragen sowie Petitionen an die kommunalen Fachämter, den Stadtrat, den Oberbürgermeister und den sächsischen Landtag, um den Komplex vor dem Abriss zu bewahren. Als Gründe brachten sie in einer Petition vor, dass die Anwohner\*innen zukünftig in ihrer »Wohn- und Lebensqualität stark eingeschränkt« würden.

Die Befürchtungen drehen sich zum einen um die Verkehrsbelastung im Quartier: Die ohnehin angespannte Parkplatzsituation werde sich eklatant verschlechtern und die Zufahrt zum Wohngebiet werde durch die veränderte Straßenführung erschwert. Eine zweite Reihe von Pro-

testmotiven bezieht sich auf Fragen der Sicherheit und Sauberkeit: Die geplante neue Wegeführung sei gerade für Ältere beschwerlich und gefährlich, die PKW seien von Vandalismus bedroht, der Wegfall des Wertstoffhofs werde zur Vermüllung des Viertels führen. Die Notwendigkeit von Bildungsangeboten im Quartier stellen sie jedoch nicht grundsätzlich infrage und die Ruine der Schule, die im Rahmen des Neubaus rekonstruiert werden soll, sei tatsächlich ein Schandfleck. Gleichwohl, und in diesem Vorwurf kulminiert die Empörung, seien sie als Betroffene nicht in die Planung einbezogen worden und eine »echte« Beteiligung habe nicht stattgefunden. Es habe lediglich Informationsveranstaltungen gegeben, wenn auch dafür, so ein Interviewpartner, »allgemein schwer zugängliche Orte« gewählt wurden und die Termine »nicht popularisiert« worden seien. Die Veranstaltungen hat er nicht gut in Erinnerung: »Die meisten haben da einfach abgeschaltet und, ich sage es jetzt mal so banal, es ist einfach wie so ein bisschen DDR-Politik. Also die stellen sich vorne hin, stellen ihr großartiges Projekt vor, und ihr müsst das jetzt alle schlucken, fertig.« Während der Stadtrat ursprünglich beschlossen hatte, den Garagenhof in die Bauplanung »bei Bedarf« einzubeziehen und den Mitgliedern der Garagengemeinschaft zugesichert wurde, dass in der Planung Alternativen bedacht würden, sahen sie sich im weiteren Verlauf getäuscht. Denn in

#### **Aus dem Beobachtungsprotokoll einer Ortsbegehung:**

Das Gelände ist durch zwei Zufahrtswege strukturiert, von denen jeweils beiderseits die einzelnen Garagen erreichbar sind. Die Bauten sind solide, die Tore einheitlich blau gestrichen. Alles wirkt sehr aufgeräumt. Der Besuch hinterlässt den Eindruck, dass die Garagenpächter\*innen (es seien übrigens auch einige wenige Frauen darunter) nicht ins Klischee der Wutbürger\*innen passen. Ihre Haltung zur AfD ist instrumentell geprägt: Auf Bundes- und Landesebene müsse man die Politik der AfD skeptisch betrachten, lokal sei sie aber die einzige von allen Parteien, die als Fürsprecherin der Garagengemeinschaft auftritt. Hier zeigt sich ein Kalkül, das rechte und autoritäre Politikansätze nüchtern gegen die Funktion als Interessenvertretung abwägt. Gegen die übliche Vorstellung des »besorgten Bürgers« spricht auch, dass die Außenwände der Garagenblöcke per Auftrag mit Graffiti versehen wurden – einerseits, weil sie dann nicht »unkontrolliert« bemalt werden, aber auch um den symbolischen Kontakt zur »Jugend im Viertel« zu halten. Die Dynamik im Leipziger Osten ist für unsere Gesprächspartner (es waren nur Männer) darüber hinaus kein Grund zur Beunruhigung, der Zuzug von Migrant\*innen wird nicht skandalisiert; auch dass eine alte Feuerwache am Rande des Quartiers als ein soziokulturelles Zentrum genutzt werden soll, wird nicht (im Sinne »linksgrün versiffter« Politik) moniert. Kurz: Die enttäuschten Beteiligungsansprüche werden trotz gezielter Annäherung an die AfD offenbar nicht zur grundsätzlichen Politikselbsteinschätzung und zum beliebig ausschlagenden Populismus (»die da oben«) verallgemeinert.

der Ausschreibung zum Architektenwettbewerb wurde bereits vorausgesetzt, dass der Garagenhof »aufgegeben und im Zuge der Campusentwicklung zurückgebaut« werden soll. Die Verwaltung war zwischenzeitlich zur Ansicht gelangt, dass der Bedarf zur Bebauung der Fläche des Garagenhofs gegeben ist. Bei den Mitgliedern der Garagengemeinschaft entstand hingegen der Eindruck, hintergangen worden zu sein: »Das ist aber bei jeder Entscheidungsfindung bei Objekten, die in der Stadt verwirklicht werden, eine Voraussetzung, dass die Entscheidung getroffen wird von den Architekten nach der Machbarkeit. Und die Stadt hat aber vorgegeben, dass das Areal vom Garagenhof einbezogen wird.« Für die befragten Mitglieder der Garagengemeinschaft ist das umso schlimmer als dass sie sich als »Gegenexperten« verstehen, in ihrer beruflichen Vergangenheit als Ingenieure, Chemiker oder Physiker (»tragende Intelligenz der damaligen DDR«) tätig waren: »Das ist eine Angst von den Angestellten uns gegenüber, dass keiner sich an die von uns aufgeworfenen Probleme herantraut.« Gerade das Gefühl, »fachlich fundierte« Vorschläge machen und erkennen zu können, dass der Standort (aufgrund des Grundwasserstands) zu kostspielig für die geplante Bebauung ist, hinterlässt bei den Betroffenen den Eindruck, mit dem Abriss des Garagenhofs werde ihre Lebensform abgewertet. Allein ästhetisch sei ihr Garagenhof der Stadtverwaltung ein Dorn im Auge, so die Interviewten: »Stellen Sie sich vor, Sie bauen dort ein schickes neues Gebäude. ... Im Hintergrund sehen Sie so einen alten DDR-Garagenhof. Finden Sie das

schick? Nein. Also der muss weg.«

Aus Sicht der Verwaltung liegt kein formaler Grund für Beschwerden vor. Die Befragte betont, dass »alle Rechtswege eingehalten« wurden: »Wir haben die ganze Zeit immer schon auch die Garagenbesitzer beteiligt, informiert. Wir haben öffentliche Veranstaltungen dazu gehabt. Es war also immer bekannt, dass auch die Grundstücke der Garagen einbezogen werden.« Ihre Darstellung der Informationsveranstaltungen lässt implizit erkennen, dass es bei Beteiligung ebenso um ein soziales Verhältnis wie eine sachliche Diskussion geht. Bei einer der Zusammenkünfte sei die »Grundstimmung für die Schule« gewesen: »Ja, natürlich manches kritisch und Verkehrsführung und so was. Haben die keinen Mucks gesagt in der ganzen Veranstaltung. Waren sie ganz leise.« Bei einer anderen Gelegenheit »waren sie zu dreißigst da. Dort haben sie sich artikuliert. Da haben sie sich in der Mehrheit gesehen.« Auch wenn die Befragte aus der Verwaltung sich immer wieder auf den formalen Verwaltungsstandpunkt zurückzieht, räumt sie ein, dass Beteiligung selektiv ist: »Gerade im Leipziger Osten haben wir viel dafür getan, dass Neue, Junge herankommen, dass Kreative herankommen. Klar arbeitet es sich als Quartiersmanagement mit denen supergut. ... Wir müssen gucken, wie kommen wir eigentlich mit diesen niederschweligen Instrumenten, die wir theoretisch haben, wirklich wieder zum Volk, sage ich jetzt mal.«

Auf die Beschwerdebriefe und Petitionen der Garagengemeinschaft hat die Stadtratsfraktion der AfD reagiert und sich als Fürsprecherin positioniert. In einem Antrag an den Stadtrat fordert die Fraktion, zu prüfen, »in welcher Form, an welcher Stelle und mit wie vielen Parkplätzen ein Parkhaus errichtet und betrieben werden kann«. Darüber hinaus macht sich die AfD die Forderung nach »richtiger« Beteiligung zu eigen. Die Angebote zur Partizipation würden »meist nur wenige »echte« Bürger« wahrnehmen, so ein Beitrag auf der Homepage der Partei. »Die AfD-Fraktion fragt sich, liegt das an den angesetzten Tageszeiten, zu denen viele arbeiten müssen? Oder sind es verklausulierte, mit Denglisch und Verwaltungsdeutsch unverständlich gehaltene Arbeitstitel? Oder ist es nicht zuletzt die Fülle von Bürgerbeteiligungen, die mancher Bürger

Abb. 8: Garagenhof im Leipziger Osten



nur schwer überschauen kann?»

Der exemplarische Konfliktgehalt der skizzierten Auseinandersetzung liegt im Ungerechtigkeitsempfinden der Mitglieder der Garagentgemeinschaft, die sich von »ihrer« Stadt im Stich gelassen fühlen. Die Entwicklung des Quartiers bestreiten und fürchten sie nicht, sehen sich aber eines Stücks Heimat beraubt, hat die Garage doch – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der DDR-Vergangenheit – für sie eine identitätsstützende Funktion: »Also im Westen ist es ein Abstellplatz. Ich stelle meine Karre dort rein. Fertig. Aber im Osten ... so eine Art Werkstatt, Bastelraum, Treffpunkt.« Die Zurückweisung der Ansprüche (Biographie, Expertise, Geschichte der Garagentgemeinschaft seit den 1970er Jahren) hinterlässt – trotz aller formalen Korrektheit – eine Lücke im Vertrauen in Stadt und Staat. Diese Lücke wird jedoch durch rechte Politik nicht passgenau gefüllt. Die folgende beispielhafte Interviewsequenz verdeutlicht das distanzierte Verhältnis der Garagentgemeinschaft zur AfD, deren Interesse am Konflikt als »Bauernfängerei« durchaus kritisch beäugt wird:

**Befragter:** Die AfD ist auch diejenige Partei, die zum Beispiel im Bauausschuss unbequeme Fragen stellt. Das heißt in unserem Interesse werden Probleme durch die Vertreter von der AfD in die Tagesordnung gebracht. Das ist ja nicht einfach jetzt eine Tagesordnung in einem solchem Gremium zu bestimmen und die AfD muss da ganz schön kämpfen, um sich durchzusetzen.

**Interviewer:** Mhm. Und sie treffen sich dann...

**Befragter:** Es tut mir leid, aber es ist halt so.

**Interviewer:** Was tut Ihnen leid?

**Befragter:** Dass ich das Beispiel der AfD jetzt positiv bringen musste.

Resümierend lässt sich bisher sagen, dass die lokalen Bedingungen des hier skizzierten Falls und anderer Konflikte sich für eine einfache Indienstnahme seitens rechtspopulistischer Akteure als zu komplex erweisen könnten. Die Deutungsangebote der neuen Rechten bewegen sich demzufolge vorrangig auf der Ebene kontextunspezifischer politisch-publizistischer Dramatisierung. Das wirft die weiterführende Fra-

ge auf, inwiefern rechtspopulistische Haltungen unabhängig vom lokalen Kontext oder gar trotz alltäglicher Komplexität und unter Ausblendung der Alltagserfahrung zustande kommen.

### 3.2 Feinstaub in Stuttgart

Ein zentrales kommunalpolitisches Thema in Stuttgart ist der Umgang mit der Feinstaubbelastung und die Debatte um Fahrverbote für Dieselfahrzeuge. Lange Zeit galt das Stuttgarter Neckartor als die dreckigste Kreuzung Deutschlands (Köster 2018), mittlerweile hat die Landsheimer Allee in München eine größere Belastung (Oberhuber 2018). Weiterhin muss aber in Stuttgart immer wieder Feinstaubalarm ausgerufen werden, da die Kessellage den Luftaustausch besonders erschwert. An solchen Tagen wird die Bevölkerung aufgefordert, auf das Auto zu verzichten. Weitere Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung betreffen den Ausbau des öffentlichen Nah- und Radverkehrs, die Begrünung der Stadt, die vorausschauende Verkehrsplanung sowie das Aufstellen von Mooswänden und die nasse Straßenreinigung. Obwohl die Luftqualität verbessert werden konnte, wird es in Stuttgart wohl bis 2019 nicht gelingen, die Jahreshgrenzwerte für Stickstoffoxide einzuhalten, so dass aufgrund des Urteils des Verwaltungsgerichtes Stuttgart Fahrverbote für Dieselaautos drohen.

Für viele Bewohner\*innen der »Autostadt« Stuttgart, die ihren Wohlstand ortsansässigen Unternehmen wie Daimler, Porsche oder Bosch verdankt, ist das eine schmerzliche Aussicht. Nicht zuletzt wegen der vielen Arbeitsplätze hat die Automobilproduktion die Stadt und ihr Lebensgefühl geprägt: Stuttgart sah sich selbst lange Zeit als autogerechte Stadt, in der die Menschen stolz auf ihr Auto sind und das Auto das Verkehrsmittel der Wahl ist. An der Feinstaubproblematik entzündeten sich daher Konflikte um Gesundheit, Arbeitsplätze, selbstbestimmte Mobilität oder finanzielle Belastungen. Sie betreffen im Fall von Pendler\*innen auch Menschen aus dem Umland. Insgesamt lassen sich verschiedene Konfliktparteien unterscheiden, denen aufgrund widersprüchlicher Interessenlagen jedoch die gleichen Menschen angehören können:



Abb. 9: Stuttgart, Michael von Aichinger Shutterstock.com

- Die Anwohner\*innen, denen an einer sauberen Luft und weniger Lärm gelegen ist. Sie fordern weniger Verkehr – es sei denn, das Auto ist selbst ihr bevorzugtes Fortbewegungsmittel.
- Die Stadtverwaltung, die Gefahr läuft, bei Nichteinhaltung der Grenzwerte verklagt zu werden und hohe Strafen zahlen zu müssen, gleichzeitig aber zwecks Generierung von Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen ein Interesse daran hat, die Automobilindustrie nach Kräften zu fördern.
- Die Beschäftigten in der Automobilindustrie, die im Falle eines Dieserverbots um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen. Zusätzlich interessant an dieser Gruppe ist, dass die im Daimlerwerk Untertürkheim gegründete AfD-nahe Gruppierung »Zentrum Automobik« bei der Betriebsratswahl 2018 von 13,2% der Angestellten gewählt wurde und sechs Mandate gewonnen hat.
- Die Händler\*innen, die Geschäftseinbußen fürchten, wenn die Anfahrt zu den innerstädtischen Ladenlokalen erschwert wird.
- Die Autofahrer\*innen und Pendler\*innen, für die der öffentliche Nahverkehr keine Alternative zum Auto darstellt.
- Die Handwerker\*innen oder kleineren Dienstleistungsunternehmen, die in Stuttgart arbeiten und deren Fuhrparks sehr oft aus Dieselfahrzeugen bestehen.
- Die Besitzer\*innen von Dieselfahrzeugen, die im Zuge eines Fahrverbots einen Wertverlust erleiden würden.

In rechtspopulistischen Zeitschriften und Internetblogs sind viele Beiträge zu finden, die sich auf die Fahrverbote und Feinstaubproblematik in Großstädten beziehen.<sup>3</sup> Daran lässt sich nachvollziehen, wie populistische Lücken, das heißt wie faktische, von der Politik unzureichend bearbeitete Probleme zu Gefühlen der Machtlosigkeit und Bevormundung sowie zu Verlustängsten führen können, die dann durch rechtspopulistische Deutungsangebote einen politischen Ausdruck finden können. Diese Probleme betreffen ein Demokratiedefizit (Mangel an Mitbestimmung), eine schwer durchschaubare Faktenlage sowie eine Emotionalisierung durch Bedrohungsszenarien und Verlustängste. Sofern diese Probleme als Bedrohung »des Volkes« durch unfähige und eigennützige Eliten oder »linksgrün-versiffte Tugendwächter« gedeutet werden, kann von einer rechtspopulistischen Intervention in die populistische Lücke gesprochen werden.

Die Feinstaubproblematik verdeutlicht die Grenzen der Kommunalpolitik: Sowohl die von der EU festgesetzten Grenzwerte für Feinstaub als auch die von deutschen Gerichten angeordneten Maßnahmen (wie Fahrverbote) können nur wenig von der betroffenen Stadt und ihren Bürger\*innen beeinflusst werden.<sup>4</sup> Viele Bürger\*innen empfinden daher einen Mangel an politischer Beteiligung und eine gewisse Machtlosigkeit. Gerade Direktiven der EU werden von einem Teil der Bürger\*innen als Bedrohung der eigenen Lebensweise durch »zentralistische Brüsseler Ambitionen« (AfD Kompakt 2017a) erlebt. Gerichtsurteile werden zwar zumeist nicht als »Gängelung von oben« interpretiert, insbeson-

<sup>3</sup> Nachteilig ist für die Studie, dass nicht eindeutig ist, ob in der Feinstaubproblematik nur Stadtpolitik betrieben wird. Es ist durchaus denkbar, dass rechtspopulistische Politik nicht auf urbane Wähler\*innen abzielt, sondern vielmehr Potential bei Menschen im Umland der Städte (z.B. Stuttgarter Randgebieten oder Stuttgarter Einzugsgebiet für Handwerker\*innen, Arbeiter\*innen, Konsument\*innen) sieht, die mehr Nachteile als Vorteile durch die Fahrverbote erhalten.

<sup>4</sup> Ein Vorstoß der Landesregierung, die Vorgaben des Verwaltungsgerichts Stuttgarts weiter auszulegen, wurde von diesem negativ beschieden: »Der Regierung stehe »demzufolge auch kein (politischer) Handlungsspielraum mehr zu« (Schwarz 2018).

dere wenn, wie bei der Feinstaubproblematik, die politischen Akteur\*innen Maßnahmen viele Jahre verzögert oder einfach nicht ergriffen haben. Bei unliebsamen Entscheidungen jedoch, etwa als die Einhaltung der Stickstoffoxidgrenzwerte durch die Deutsche Umwelthilfe eingeklagt wurde, handelt es sich in den Augen der Rechtspopulist\*innen um das »Ergebnis von bürgerfeindlichem Lobby-Aktionismus« (AfD Kompakt 2017d) und es werden auch Richter\*innen zum Teil der herrschenden Elite erklärt. Auf diesem Weg wird die Feinstaubproblematik zum Vehikel von Vorstellungen identitärer Demokratie.

In den unteren Einkommenschichten können Fahrverbote gravierende Auswirkungen haben. Entweder weil ein Wertverlust ihres Autos sie aufgrund der hohen Anschaffungskosten besonders stark trifft oder weil sie als Berufspendler\*innen, die sich das teure Leben in der Stadt nicht leisten können, in besonderem Maße auf ihr Auto angewiesen sind. Bei ihnen kann daher die Deutung verfangen, »normalen Menschen« würde durch »skrupellose Öko-Lobbyisten, bornierte Sektierer in Politik und Medien, [...] ideologiegetriebene Wirtschaftshasser [...], hasenfüßige Fachleute« (Paulwitz 2017) geschadet. Rechtspopulistische Gruppen können sich als Vertreter\*innen dieser Menschen präsentieren, die sie als einzige verstehen und um deren Interessen sie kämpfen würden.

Die Kritik an den politischen Eliten kann sich weiterhin darauf stützen, dass die wissenschaftliche Debatte um die Feinstaubproblematik aufgrund ihrer Komplexität für Nichtkundige nur schwer durchschaubar ist. Gesundheitsschädliche Wirkungen des Dieselfeinstaubes können – auch aufgrund anderer Schadstoffquellen – nicht immer kausal nachgewiesen werden (Umweltbundesamt 2018). Die ersatzweise durchgeführten Hochrechnungen sind hinterfragbar (Krämer 2018). Diese Umstände machen es leichter, wissenschaftlichen Expert\*innen und politischen Entscheidungsträger\*innen Unfähigkeit und Willkür (AfD Kompakt 2018a) oder »Ideologieverblendetheit« (AfD Kompakt 2017a) zu unterstellen oder die Existenz des Feinstaubproblems überhaupt zu leugnen (Fest 2018; Reinhold 2018). Rechte Verschwörungstheorien können hier anschließen: »Ein Dieserverbot kann nur aus

Unkenntnis oder Absicht beschlossen werden, um das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands zu zerstören« (Compact Online 2018).

Doch nicht nur das Bedrohungsszenario eines wirtschaftlichen Untergangs Deutschlands emotionalisiert das Thema. Auch Verlustängste spielen mit. Ein mögliches Fahrverbot erzeugt erstens Furcht um Eigentum – den Wertverlust des Dieselaautos bezeichnen Rechtspopulist\*innen als »Enteignung« (AfD Kompakt 2017b) – und Arbeitsplätze in der Stuttgarter Automobilindustrie. Rechtspopulist\*innen verknüpfen zweitens Fahrverbote mit dem Ende selbstbestimmter Mobilität und Freiheit auf der einen und dem Aufkommen einer Kultur der Bevormundung und Erziehung auf der anderen Seite: »Fleischverbot, Sonntagsfahrverbot, Pony-Droschkenverbot, Waffenverbot ... und nun Diesel-Verbot« (AfD Kompakt 2017c). Drittens symbolisieren Autos immer noch einen wohlhabenden Lebensstil und stehen für Ingenieurskunst, Leistung, Selbstbestimmung und Männlichkeit: »Der Diesel gehört zu Deutschland«, so die AfD (AfD Kompakt 2018b). Kritik daran kann laut der rechtspopulistischen Monatszeitschrift Compact nur das Werk böser Mächte sein: »Den Bürgern soll endlich der verhasste fahrbare Untersatz, Symbol für Freiheit, Status und Marktwirtschaft, abgenommen werden. In einen Kollektivverkehr gepresst, lassen sich die Menschen leichter gängeln, steuern und kontrollieren« (Reinhold 2018: 35).

## Schluss und Ausblick

Ob und wie die skizzierten Problemfelder, vor allem im Kontext von Stadtpolitik in Stuttgart und Leipzig, rechtspopulistisch besetzt werden, steht im Fokus der weiteren Forschung. Im Sinne eingreifender Wissenschaft ist es jedoch wichtig, frühzeitig die Gefahren rechtspopulistischer Stadtpolitik zu analysieren sowie Möglichkeiten des demokratischen Umgangs mit dem populistischen »Problemrohstoff« zu entwerfen und zu diskutieren. Städtische Konflikte sind für diese Diskussion exemplarisch, stellen sie doch ein soziales Feld dar, in dem sich Stimmungslagen einerseits verdichten und andererseits Strategien

der Demokratisierung erprobt werden. Städtische soziale Bewegungen nehmen sich mehr oder weniger intensiv der urbanen Problemkonstellationen an und verstehen Stadt zumeist als einen Ort des gemeinsamen Lebens, Arbeitens und auch Streitens. Damit gehen Bewegungen dieser Art auf Distanz zu einem Bild von Stadt als primärem Wirtschafts- und Wettbewerbsstandort. Urbanität wird vielmehr als verdichtete Unterschiedlichkeit gegen Normalisierungsansprüche verteidigt. Es handelt sich meist um Kollektivakteur\*innen, die – ausgehend von städtischen Problemlagen – Einfluss auf sozialen und politischen Wandel nehmen wollen (Mayer 2008). Zudem ist davon auszugehen, dass sie unter ihren Adressat\*innen auf rechtspopulistische Haltungen treffen; eine Debatte über Handlungs- und Kommunikationsstrategien mit oder gegen Rechtspopulismus ist allerdings erst in Ansätzen zu beobachten. Besonders in Bewegungsnetzwerken, die sich auf das »Recht auf Stadt« (Lefebvre 1968) beziehen, wird (selbst-)kritisch über die Reichweite und Zielgruppe der eigenen Politik nachgedacht. Die Stadt als Untersuchungsobjekt ist also gleich dreifach interessant: Erstens sind Städte der vorrangige Austragungsort politischer Kämpfe. Zweitens lassen jene Stadtentwicklungsprozesse, die dazu führen, dass sich zwischen Problemlagen und politischen Reaktionen eine populistische Lücke aufgetan hat, Vermutungen über kommende Konfliktfelder und Themen zu. Und drittens zeigen sich diese Debatten bereits dort, wo städtische soziale Bewegungen als Akteurinnen auftreten und Defizite beleuchten, die vor allem im Kontext des Ideals einer neoliberalen, unternehmerischen Stadt zu beobachten sind.

Eine offene Frage ist, ob die Breite unterschiedlicher Ansätze im Kontext städtischer sozialer Bewegungen einen (Gegen-)Populismus provoziert. Dass auch engstirnige Formen des Protests eine Dynamik entfalten können, die politische Horizonte öffnet und demokratische Einstellungen stärkt, wurde bereits in der Auseinandersetzung mit den sogenannten »Not In My Back Yard«-Protesten (NIMBY-Proteste) argumentiert (Menzl 2014): Was zunächst ein mehr oder weniger gruppenegoistisches Interesse ist, kann sich zur Diskussion der Lebensbedingungen vor Ort und ihres Zusammenhangs mit gesellschaft-

lichen Fragen entwickeln. Mit der Politisierung problematischer Lebensbedingungen (Wohnen, Nachbarschaft, städtische Lebenswelt) bewegen sich städtische soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen auf einem Terrain, das auch den Nährboden rechtspopulistischer Strömungen bildet – sie finden jedoch gänzlich andere Antworten. Diese strategisch günstige Position ließe sich möglicherweise offensiv nutzen, um soziale Probleme freizulegen, die unterhalb rechtspopulistischen Zuspitzungen liegen. Es wird aber nicht genügen, den rechtspopulistischen Diskursen sozialpolitische Aufklärung zu verordnen. In konkreten Auseinandersetzungen um Entmietung, Abstiegsängste oder urbaner Unsicherheit kommt es darauf an, dass städtische soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Initiativen solche Deutungs- und Handlungsangebote entwickeln, die eine realistische Aussicht eröffnen auf die Verbesserung der sozialen Situation oder zumindest auf eine solidarische Art dafür zu kämpfen – jenseits von Spaltungen zwischen eigenen und fremden Völkern, Lebensformen, Kulturen oder Geschlechterordnungen.

## Literatur

- Adam, Brigitte/Fuchs, Julia (2012), Projekte in der Stadtentwicklung – Eigenschaften und Handlungsempfehlungen, *IzR* 11–12/2012, S. 563–574
- AfD Kompakt (2017a), Vorerst keine Fahrverbote in Stuttgart, 12.10.2017 (www)
- AfD Kompakt (2017b), »Neuer Staatsfeind Feinstaub: AfD gegen Fahrverbote, 18.07.2017 (www)
- AfD Kompakt (2017c), Grüne drohen: »Diesel-Fahrverbot wird per Gericht angeordnet«, 19.07.2017 (www)
- AfD Kompakt (2017d), Das Diesel-Fahrverbot für Stuttgart ist das Ergebnis von bürgerfeindlichem Lobby-Aktionismus, 30.07.2017 (www)
- AfD Kompakt (2018a), Die Verwechslung von Emissionen und Immissionen von Politikern der Altparteien, 27.04.2018 (www)
- AfD Kompakt (2018b), Der Diesel gehört zu Deutschland, 23.03.2018 (www)
- Ammicht Quinn, Regina (2014), Sicherheitsethik. Eine Einführung, in: Ammicht Quinn, Regina (Hg.), *Sicherheitsethik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 15–47
- Anastasiadis, Georg (2015), »Staatsversagen«: Merkur-Kommentar zum Flüchtlings-Ansturm, 21.09.2015 (www)
- Baudrillard, Jean (1992), *Die Transparenz des Bösen. Ein Essay über extreme Phänomene*, Berlin: Merve
- Bayer, Natalie/Holm, Andrej/Lebuhn, Henrik (2014), Städtische Diskurse um Migration im Wandel. Integration, Diversity und soziale Bewegungen in München und Berlin, *sub\urban* 2(3): 81–92
- Belina, Bernd (2006), *Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung*, Münster: Westfälisches Dampfboot
- Beobachternews (2018), Kritik an der Stuttgarter Versammlungsbehörde: Bündnis kündigt Protest gegen AfD-Marsch an, 09.05.2018 (www)
- Beveridge, Ross/Richter, Anna (2016), Die post-politische Stadt, in: Belina, Bernd u.a. (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*, 2., korr. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 53–58
- Bundesamt für Flucht und Migration, BAMF (2018), *Jahresgerichtsstatistik 2017* (www)
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2018), *Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2017* (www)
- Canovan, Margaret (1981), *Populism*, New York: Johnavovich
- Compact Online (2018), »Ein Diesel-Fahrverbot in Innenstädten bringt nahezu nichts«, 22.02.2018 (www)
- DIW (2018), 4,3 Prozent der in Deutschland lebenden Erwachsenen sind Muslime, Pressemitteilung vom 19.04.2018 (www)
- Dörfler, Thomas (2010), *Gentrification in Prenzlauer Berg? Milieuwandel eines Berliner Sozialraums seit 1989*, Bielefeld: transcript
- Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018), Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, *Berliner Journal für Soziologie*, 22.05.2018 (www)
- Dubiel, Helmut (1985), Das Gespenst des Populismus, *Merkur* 39, H. 438, S. 639–651
- Fest, Nicolaus (2018), Die Diesel-Lüge. Bei den Fahrverboten geht es in Wirklichkeit nicht um Umweltschutz, sondern um Erziehungspolitik, *Junge Freiheit* v. 09.03.2018
- Feustel, Robert/Bescherer, Peter (2018): Der doppelte Populismus. Konturen eines schwierigen Begriffs, *Berliner Debatte* Initial 29(2): 133–144
- Füllner, Jonas/Templin, David (2011), Stadtplanung von unten, in: Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*, Hamburg: VSA, S. 79–104
- Garland, David (2008), *Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart*, Frankfurt a.M./New York: Campus
- Gidron, Noam/Bonikowski, Bart (2013), *Varieties of Populism: Literature Review and Research Agenda*, Weatherhead Working Paper Series No. 130004
- Goodwyn, Lawrence (1978), *Democratic Promise. The Populist Moment in America*, New York: Oxford University Press
- Gornig, Martin/Goebel, Jan (2013), *Ökonomischer Strukturwandel und Polarisierungstendenzen in*

- deutschen Stadtregionen, in: Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hg.), *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 51–68
- Hannemann, Christine (2016), *Wohnen neu bedacht. Eine soziologische Einschätzung*, in: BDA – Bund Deutscher Architekten (Hg.), *Neue Standards. Zehn Thesen zum Wohnen*, Berlin: Jovis, S. 31–35
- Harvey, David (2014), *Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln. Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden*, Hamburg: VSA
- Häußermann, Hartmut/ Läßle, Dieter/Siebel, Walter (2008), *Stadtpolitik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004), *Stadtsoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt a.M./New York: Campus
- Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie (2018), *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*, WZB Discussion Paper, Berlin
- Herrmann, Friederike (2016), *Das Märchen vom überkochenden Brei. Narrative in der medialen Berichterstattung zum Flüchtlingsthema im Herbst 2015*, *Communicatio Socialis* 49(1): 6–20
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2017), *Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern*, Düsseldorf: HBS
- Hirtenlehner, Helmut (2006), *Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten? Untersuchung zur empirischen Bewährung der Generalisierungsthese in einer österreichischen Kommune*, *KZfSS* 58(2): 307–331
- Holm, Andrej (2014), *Wiederkehr der Wohnungsfrage*, *APuZ* 20–21/2014, S. 25–30
- Holm, Andrej (2017), *„Neue Gemeinnützigkeit und soziale Wohnungsversorgung*, in: Schöning, Barbara/Kadi, Justin/Schipper, Sebastian (Hg.), *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*, Bielefeld: transcript, S. 135–151
- Holm, Andrej/Lebuhn, Henrik/Junker, Stephan/Neitzel, Kevin (2018), *Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgröße*, HBS Working Paper Forschungsförderung, Düsseldorf: HBS
- Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (1969) (eds.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, New York: Macmillan
- Junge Alternative (JA) (2018), *DITIB stoppen – Gegen die Erdogan-Moschee in Stuttgart-Feuerbach*, 03.05.2018 (www)
- Kaschuba, Wolfgang (2016), *Rechtspopulismus – Die Rache der Dörfer*, 14.11.2016 (www)
- Keller, Carsten (2015), *Sozialer Humus des Dschihad*, *Die Tageszeitung* v. 02.12.2015, S. 12
- Köster, Klaus (2018), *Feinstaubbelastung in Stuttgart. Das Neckartor wird sauberer – und nun?*, *Stuttgarter Zeitung* v. 12.01.2018 (www)
- Krämer, Walter (2018), *Unstatistik des Monats. Diesel, Stickstoff und 6000 Tote*, 28.03.2018 (www)
- Kreissl, Reinhard (2018), *Bringing the State back in. Oder: Was hat der Staat in der Sicherheitsgesellschaft verloren?*, in: Puschke, Jens/Singelnstein, Tobias (Hg.), *Der Staat und die Sicherheitsgesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS, S. 3–32
- Krüger, Sebastian (2012), *Stuttgart 21 – Interessen, Hintergründe, Widersprüche*, *IzR* 11–12/2012, S. 589–603
- Küpper, Beate (2017), *Rechtspopulismus im ländlichen Raum*, *Ländlicher Raum* 02/2017, S. 30–31
- Lebuhn, Henrik/Holm, Andrej/Junker, Stephan (2017), *Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten*, Berlin/Düsseldorf: HBS
- Lefebvre, Henri (2016 [1968]), *Das Recht auf Stadt*, Hamburg: Edition Nautilus
- Lewek, Mirjam/Naber, Adam (2017), *Kindheit im Wartezustand. Studie zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland*, Unicef (www)
- Lindner, Rolf (2004), *Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung*, Frankfurt a.M./New York: Campus
- Marchart, Oliver (2017), *Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik*, *APuZ* 44–

- 45/2017, S. 11–16
- Mayer, Margit (2008), Städtische soziale Bewegungen, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 293–318
- Mayer, Margit (2013), Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt, *sub\urban* 1(1): 155–168
- Menzl, Marcus (2014), Nimby-Protteste – Ausdruck neu erwachten Partizipationsinteresses oder eines zerfallenden Gemeinwesens?, in: Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, Wiesbaden: Springer VS, S. 65–81
- Metz, Markus/Seeßlen, Georg (2016), Hass und Hoffnung. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge, Berlin: Bertz+Fischer
- Metzger, Jonathan (2017), Postpolitics and Planning, in: Gunder, Michael/Madanipour, Ali/Watson, Vanessa (Hg.), *The Routledge Handbook of Planning Theory*, London: Routledge, pp. 180–193
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017), *Populism. A Very Short Introduction*, New York: Oxford University Press
- Müller, Jan Werner (2016), Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin: Suhrkamp
- Mullis, Daniel (2018), G20 in Hamburg. Politik, Unvernehmen, Ausnahmezustand und das Ende der Postdemokratie, *sub\urban* 6(1): 29–50
- Mushaben, Joyce M. (2018), Becoming Madam Chancellor: The Rise (and Fall?) of Angela Merkel, Gastvortrag am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, 20.06.2018
- Oberhuber, Nadine (2018), Dieselfahrverbote. Die dreckigste Straße Deutschlands, *Die Zeit* v. 20.02.2018 (www)
- Olschanski, Reinhard (2017), *Der Wille zum Feind*, Paderborn: Fink
- Patzelt, Werner (2017): Eine neue Republik, *Junge Freiheit* v. 29.10.2017 (www)
- Paulwitz, Michael (2017), Planwirtschaft läßt grüßen. Bei »Diesel-Skandal« und »Feinstaub«-Hysterie geht es nicht um Gesundheit, sondern um Gängelung, *Junge Freiheit* v. 11.08.2017 (www)
- Pelzer, Marci (2015), Flüchtlinge: der inszenierte Notstand, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2015, S. 5–8
- Préteceille, Edmond (2013), Die europäische Stadt in Gefahr, in: Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hg.), *Polarisierte Städte. Soziale Ungleichheit als Herausforderung für die Stadtpolitik*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 27–50
- Priester, Karin (2012), *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt a.M./New York: Campus
- Reinhold, Carl (2018), Diesel und Dussel, *Compact* 04/2018, S. 35–36
- Reitz, Tilman (2017), Aufstand der Anteillosen? Autoritärer Protest im digitalen Kapitalismus, *Das Argument* 323, S. 363–377
- Rink, Dieter/Schönig, Barbara/Gardemin, Daniel/Holm, Andrej (2015), Städte unter Druck. Die Rückkehr der Wohnungsfrage, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2015, S. 69–79
- Rolfes, Manfred (2015), *Kriminalität, Sicherheit und Raum. Humangeographische Perspektiven der Sicherheits- und Kriminalitätsforschung*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag
- Rosol, Marit/Dzudzek, Iris (2014), Partizipative Planung, in: Belina, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 212–217
- Sack, Detlef (2012), Urbane Governance, in: Eckart, Frank (Hg.), *Handbuch Stadtsoziologie*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 311–335
- Schönig, Barbara/Rink, Dieter/Gardemin, Daniel/Holm, Andrej (2017), Paradigmenwechsel in der kommunalen Wohnungspolitik? Variationen kommunalisierter Wohnungspolitik im transformierten Wohlfahrtsstaat, in: Barbehön, Marlon/Münch, Sybille (Hg.), *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 25–62
- Schönig, Barbara/Schipper, Sebastian (2016) (Hg.), *Urban austerity: Impacts of the global financial crisis on cities in Europe*, Berlin: Theater der Zeit
- Schües, Christina (2015), Was heißt eigentlich Nachbarschaft?, *fiph.Journal*, S. 4–10
- Schwarz, Konstantin (2018), Letzte Warnung für Winfried Kretschmann, *Stuttgarter Zeitung* v. 02.07.2018 (www)

- 
- Seeßlen, Georg (2017), Trump! Populismus als Politik, Berlin: Bertz+Fischer
- Siebel, Walter (2015): Nachbarschaft, *fiph.Journal* 26, S. 11–17
- Solty, Ingar (2016), Sicherheit: Ein heißes Eisen für die Linke. Angstfreiheit als Frage sozialer Infrastruktur, *Luxemburg* 1/2016, S. 58–65
- Taz (2017), Rechte Angriffe auf Flüchtlingsheime: 251 Fälle bis Mitte Dezember, *Die Tageszeitung* v. 22.12.2017 ([www](#))
- Umweltbundesamt (2018), Stickstoffdioxid führt zu erheblichen Gesundheitsbelastungen. UBA-Studie ordnet Gesundheitsbelastung durch Stickstoffdioxid in Deutschland ein, 08.03.2018 ([www](#))
- Wischmann, Katharina (2014), Stadtteilpolitik und kritische Stadtgeographie, in: Belina, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 217–222
- Zielke, Ingmar/Stahl, Franziska (2015), Flucht und Asyl: Mangelnde Solidarität und wachsender Populismus als Herausforderungen an die Europäische Innenpolitik, *Konrad-Adenauer-Stiftung*, 27.10.2015 ([www](#))
- Žižek, Slavoj (2001), *Die Tücke des Subjekts*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp



Abb. 10: Dresden, mit bestem Dank an @vierlagig.

POPULISMUS  
DEMOKRATIE  
STADT

[www.podesta-projekt.de](http://www.podesta-projekt.de)